

TRANSMISSION 02

Aufstieg, Gerechtigkeit, Zusammenhalt:
zu den Herausforderungen moderner Staatlichkeit

MIT BEITRÄGEN VON:
UDO DI FABIO
NILS GOLDSCHMIDT
HEINZ BUDE

TRANSMISSION 02

**Aufstieg, Gerechtigkeit, Zusammenhalt:
zu den Herausforderungen moderner Staatlichkeit**

Inhalt

Einleitung:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Mobilität

von Mark Speich 4

Soziale Mobilität und Leistungsgerechtigkeit als

Herausforderung moderner Staatlichkeit

von Udo Di Fabio 16

Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit?

von Nils Goldschmidt 40

Soziale Mobilität als zentrale Herausforderung

moderner Gesellschaften

von Heinz Bude 56

Über die Autoren 66

Über die Vodafone Stiftung 70

Einleitung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Mobilität

von Mark Speich

Die Frage nach dem Gewebe, das Gesellschaften zusammenhält, ist so alt wie das Nachdenken über die Bedingungen demokratischer Politik. Denn dieser Zusammenhalt ist ebenso Voraussetzung wie Gegenstand politischen Handelns in der Demokratie: Voraussetzung, weil ein die vielen Ichs überwölbendes „Wir“ notwendig ist, um Entscheidungen durchzusetzen, deren Ergebnisse jenseits des Horizonts individueller Renditekalküle liegen; und Gegenstand, weil Politik immer wieder den Anspruch formuliert hat, diesen Zusammenhalt durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Nichts anderes wird auch mit der Überschrift des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung markiert, in der „Zusammenhalt“ als einer von drei Leitbegriffen den programmatischen Kern dieser Regierungskoalition beschreiben soll und zugleich die Zielperspektive der beiden zunächst genannten Begriffe „Wachstum“ und „Bildung“ darstellt.

Zusammenhalt als politisches Ziel zu beschreiben, heißt freilich einzuräumen, dass dieser entweder in seiner Stabilität bedroht oder bereits der Erosion ausgesetzt ist. Und naturgemäß drängen sich hier die inzwischen etwas ausgewaschenen Schlagwörter von der „Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile“ und der „Multioptionsgesellschaft“ auf, mit denen

seit geraumer Zeit der innere Entgrenzungsprozess westlicher Gesellschaften beschrieben wird. In diesem Zusammenhang klassische Texte wie Robert Putnams „Bowling alone“¹ zeigen, welche Folgen zunehmende Individualisierung im unmittelbaren Lebenskreis für die politische Partizipation insgesamt zeitigt. Tatsächlich ist – und darauf wurde in neuerer Forschung hingewiesen² – das Bild differenzierter:

Subsidiär organisierte und über den unmittelbaren Familienkreis hinaus wirkende Gemeinschaften sind nicht nur ein Phänomen der Vitalkraft ländlicher Räume. Und doch lässt sich der tief greifende Wandel, der alle westlichen Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten erfasst und überlieferte „Ligaturen“ (Ralf Dahrendorf),³ also traditionelle Bindekräfte des Zusammenlebens von Menschen in Gemeinschaft, unterspült hat, durch den Verweis auf den Organisationsgrad von Sportvereinen oder die beeindruckende Zahl von Stiftungsneugründungen nicht hinreichend entkräften.

Seit der Prozess der inneren Entgrenzung mit einiger Wucht um den als Globalisierung bezeichneten Prozess der äußeren Entgrenzung ergänzt worden ist, findet sich die Sorge über den Verlust vertrauter Sicherheiten nicht mehr nur im Lager zukunfts-skeptischer Konservativer.

Selbstredend kann man eine „Ligaturen“ in Frage stellende Entwicklung auch als Emanzipationsgewinn und Zuwachs an Lebenschancen begreifen. Seit der Prozess der inneren Entgren-

1 Robert D. Putnam, „Bowling Alone: America's Declining Social Capital“, in: Journal of Democracy 6 (1995), 1, S. 65-78.

2 Siehe hierzu auch Deutscher Bundestag, Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, BT-Drs. 14/8900, S. 26ff.

3 Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1994 (Taschenbuch), S. 42 - 46.

zung jedoch mit einiger Wucht um den als Globalisierung bezeichneten Prozess der äußeren Entgrenzung ergänzt worden ist,⁴ findet sich die Sorge über den Verlust vertrauter Sicherheiten nicht mehr nur im Lager zukunftskeptischer Konservativer; sie hat jetzt auch jene erreicht, die einst gegen starre Ordnungen aufbegehrten und sich nun mit Schrecken im „flexiblen Menschen“ Richard Sennetts wiederzuerkennen glauben.

Freilich ließe sich der Auflösung überlieferter Bindungen und gesellschaftlicher Strukturen auch mit einer Gelassenheit begegnen, die optimistisch auf die Potenziale menschlicher Anpassungsfähigkeit vertraut und sich den möglichen Aktionismus einer Zusammenhalt aktivierenden Politik erspart. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen, der Strukturdefizite der Demokratie und der gegenwärtigen Rahmenbedingungen politischen Handelns erscheint diese optimistisch abwartende Haltung jedoch riskant.

Der demographische Wandel und die damit verbundene Frage der Organisation sozialer Sicherung oder der Klimawandel sind zwei der zentralen Herausforderungen, denen sich im ersten Fall nahezu alle westlichen und im zweiten Fall alle Gesellschaften gegenübersehen. Diese hier beispielhaft genannten Herausforderungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie jetzt Maßnahmen einschneidenden Charakters verlangen, aber nur Wirkungen versprechen können, die jenseits der für die Demokratie typischen Zeiteinheit einer Wahl- oder Legislaturperiode liegen. Es ist jedoch alles andere als trivial, Bürger dafür zu gewinnen, Veränderungen zu tragen, die möglicherweise die bisherige Lebensweise einschränken, wenn der Nutzen der mitunter als Opfer empfundenen Verhaltensänderung erst sehr viel später oder erst für kommende Generationen spürbar wird.⁵

In dieser Hinsicht erweist sich die Demokratie dynastischen Staatsformen, die in den Kategorien eigener Nachkommen- schaft denken und Gefolgschaft notfalls erzwingen können, unterlegen.⁶ Natürlich lässt sich das Problem langfristig wirk- samer Entscheidungen in Demokratien als Herausforderung politischer Führung definieren. Unpopuläre Entscheidungen in der Demokratie, so liest sich diese Deutung, verlangen starke Führung, die über konsistente „Erzählungen“ und klare Zielvor- gaben durch die Kraft des besseren Arguments den Widerstand jener überwindet, die an kurzfristiger Maximierung ihres ei- genen Nutzens interessiert sind.⁷ Gerade da sich Gefolgschaft in Demokratien jedoch nicht erzwingen lässt, sondern prekär, flüchtig und voraussetzungsvoll ist, bedarf politische Führung hier eines Bezugsrahmens, der weiter gespannt ist als die Viel- zahl individueller Einzelinteres- sen. Kurzum: Um langfristig wirk- same Entscheidungen treffen zu können, sind Demokratien darauf angewiesen, ein „Wir“ adressieren zu können, also eine Gesellschaft,

Um langfristig wirksame Entscheidungen treffen zu können, sind Demokratien darauf angewiesen, ein „Wir“ adressieren zu können, also eine Gesellschaft, die sich als Zukunftsgemeinschaft begreift und weiter gefasst ist als der unmittel- bare Lebenskreis und das Nebeneinander autonomer Einzelinteressen.

4 Zum Begriffspaar der inneren und äußeren Entgrenzung siehe Norbert Röttgen, Deutschlands beste Jahre kommen noch. Warum wir keine Angst vor der Zukunft haben müssen, München 2009, S. 256f.

5 Siehe zu dieser Problematik Anthony Giddens, Politics of Climate Change, Cambridge 2009.

6 Vgl. hierzu Peter Graf von Kielmansegg, „Können Demokratien zukunftsverantwort- lich handeln?“, in: Merkur 57, 7 (Juli 2003), S. 586.

7 Yvonne Heininger, Thomas Straubhaar u.a., Ökonomik der Reform: Wege zu mehr Wachstum in Deutschland, Zürich 2004, S. 59.

die sich als Zukunftsgemeinschaft begreift und weiter gefasst ist als der unmittelbare Lebenskreis und das Nebeneinander autonomer Einzelinteressen.

Richtet man nun den Blick auf die Ressourcen dieses Wir-Gefühls, wird man sich mit Blick auf die kollektiven Begeisterungswogen, die Deutschland im Fußball-Sommermärchen 2006 umspülten, noch nicht ausreichend beruhigt finden. Es ist eine bittere Volte der Geschichte, dass gemeinsame Furcht politische Gemeinwesen nachhaltiger zu einen scheint als gemeinsame Freude.

In der Nachkriegszeit war das durch die Individualisierungstendenzen der Moderne unter Druck geratene „Wir“ im Lichte der unmittelbaren Bedrohung durch den Herrschaftsanspruch des Sowjetkommunismus immer noch – wenn auch mit abnehmender Tendenz – wirkungsvoll ansprechbar. Und trotz entspannungspolitischer Erfolge blieb der Warschauer Pakt bis 1989 „Gegner“. Erst jetzt beginnen wir die ganze Wucht des prophetischen Wortes zu verstehen, das der sowjetische Amerikaexperte Georgij Arbatov dem Westen entgegenschleuderte, als das Sowjetreich vor den Augen einer staunenden Weltöffentlichkeit auseinanderzufallen begann: „Wir werden Euch etwas Furchtbares antun, wir werden Euch den Feind nehmen“. Damals glaubten viele, der Zusammenhalt einer freiheitlichen, durch individuelle Glücksvorstellungen geprägten Gesellschaft ließe sich auch gut aus sich selbst heraus begründen: vielleicht nicht ausschließlich durch die in der Breitenkommunikation an Grenzen stoßende Vermittlung eines Gesellschaftsvertrages, der gegenseitige Freiheitsstrukturen sichert, aber doch durch die Überlegenheit freier Gesellschaften, „Wohlstand für alle“ zu schaffen. Zwar gab es auch zu jener Zeit schon Skeptiker: die, die sorgenvoll

darauf verwiesen haben, dass den modernen säkularen und zum Teil jedenfalls auch post-nationalen Gesellschaften von heute die einigende Idee abhanden gekommen ist; die wie Samuel Huntington schon nach neuen Feinden suchten, weil sie der

reinen Ergebnis-Legitimation freiheitlicher Gesellschaften misstrauten. Doch erst jetzt, wo das Wohlstandsversprechen westlicher Gesellschaften für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung seine Strahlkraft zu verlieren scheint, gewinnen wir wieder eine Ahnung von der Brüchigkeit demokratischer Ordnung.⁸

Obwohl die Bundesrepublik die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang besser überstanden zu haben scheint, als viele Auguren dies prophezeit haben, bleiben Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, deren Ursachen tiefer als die gegenwärtige Krise liegen. Wenn man über den Zusammenhang von gesellschaftlicher Stabilität und sozialer Ordnung nachzudenken beginnt, kann man sich – im Kontext der westlichen Gesellschaften und etwas dichotomisch verkürzt – auf zwei ideengeschichtliche Stränge beziehen.

Zum einen gibt es die aristotelische Tradition mit ihrem Zentralbegriff des rechten Maßes. Politische Systeme sind demnach dann stabil, wenn sie in doppeltem Sinne Maß und Mitte wahren: bei der Einkommens- und Vermögensverteilung ebenso wie bei der tugendhaften Haltung der Bürger. Und wenn man

Erst jetzt, wo das Wohlstandsversprechen westlicher Gesellschaften für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung seine Strahlkraft zu verlieren scheint, gewinnen wir wieder eine Ahnung von der Brüchigkeit demokratischer Ordnung

⁸ Siehe hierzu Joachim Fest, Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft, Berlin 1994.

die kontinentaleuropäischen Gesellschaften der Nachkriegszeit betrachtet, wie dies Udo Di Fabio im ersten Beitrag dieses Bandes tut, lässt sich in der Tat sagen, dass sich ihre Stabilität ganz wesentlich auch auf eine breite gesellschaftliche Mitte zurückführen lässt. Natürlich gab es Unterschiede der Einkommens- und Vermögensverteilung – aber diese waren insgesamt doch sehr weit von lateinamerikanischen Verhältnissen entfernt, also maßvoll. All das war Ergebnis einer prosperierenden Nachkriegs-ökonomie, die nicht nur zu fortwährend steigenden Primäreinkommen führte, sondern durch erhebliche Umverteilungsspielräume dafür gesorgt hat, dass auch die Sekundäreinkommen – also die Einkommen nach Umverteilung – im Gleichschritt mithalten konnten. Die von Udo Di Fabio zitierte „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ Helmut Schelskys wurde gleichsam zur Zielbeschreibung einer gerechten und stabilen Gesellschaft.

Der zweite ideengeschichtliche Ansatz knüpft an Alexis de Tocquevilles „Betrachtungen über die Demokratie in Amerika“ an. Dieser Ansatz begreift Ungleichheit als konstitutive und produktive Größe freiheitlicher Gesellschaften. Die Stabilität demokratischer Systeme erwächst bei dieser Betrachtung nicht aus breiter Gleichheit oder allenfalls maßvoller Ungleichheit, sondern aus dynamischen Gesellschaftsprozessen, die Ungleichheit erträglich und vermittelbar machen. Da die gesellschaftlichen Auf- und Abstiegsprozesse dynamisch sind und Status idealtypisch nie auf Dauer gegeben ist, entfalten Statusschranken auch keine exkludierende Wirkung – so jedenfalls der gesellschaftlich stabilisierende Mythos, der bis heute fortwirkt.

Es ist eine historische Pointe, dass – geographisch etwas zugespitzt – sowohl der amerikanische wie der deutsche Ansatz im gleichen Moment unter Druck geraten.

Die deutsche Gesellschaft ist perspektivisch mit dem Problem wachsender ökonomischer Ungleichheit konfrontiert. Auch wenn die Krise hier etwas mildernd gewirkt hat, geht die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung in allen OECD-Ländern seit Beginn der Neunzigerjahre auf. Das hat damit zu tun, dass sich die Dynamik von Arbeits- und Kapitaleinkommen auseinanderentwickelt – mit einem gegenwärtigen Dämpfer bei den Kapitaleinkommen. Das hat aber auch damit zu tun, dass international marktgängig qualifizierte Personen unter den Bedingungen der Globalisierung weiterhin Einkommenszuwächse erzielen können. International nicht marktgängig qualifizierte Personen geraten allerdings unter den gleichen Bedingungen unter Lohndruck, weil ihre Arbeit durch Technik – also durch Kapital – oder durch billigere ausländische Arbeitskräfte substituierbar ist. Gleichzeitig nehmen die gewaltige Schuldenlast und die fehlenden demographischen Potenziale diesen Gesellschaften aber zunehmend die Möglichkeit, die Schere durch Umverteilung zu schließen.⁹ Damit werden das Gleichheitsversprechen und das Versprechen wachsenden Wohlstands für alle, das die Stabilität der demokratischen Gesellschaften Kontinentaleuropas ausmacht, fragwürdig.

Vor allem aber trifft die Angst der Entkopplung nicht mehr nur die Schicht der sozial Exkludierten, die es in jeder Gesellschaft, zu jeder Zeit gab, sondern mit den gesellschaftlichen Lagen der unteren Mitte elementare Trägerschichten des Systems,

⁹ Siehe hierzu Stefan Hradil, „Die Aufstiegsgesellschaft – warum wir sie brauchen und was uns von ihr trennt“, in: Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.), Transmission 01. Zwischen Illusion und Verheißung: Soziale Mobilität in Deutschland, Düsseldorf 2009, S. 44.

die auch nicht in politischer Lethargie verharren, sondern politisch artikulations- und organisationsfähig sind.

Das hier beschriebene Problem, das erhebliche Folgen für die Stabilität unserer gesellschaftlichen Ordnung haben kann, ist kein Phänomen der ökonomischen Krise, die uns immer noch in Atem hält. Im Gegenteil: Es ist ein Problem des wirtschaftlichen

Aufschwungs. In einer Krise, die zudem für viele noch folgenlos verlaufen ist, sind ökonomische Zumutungen sehr viel plausibler und damit auch erträglicher als in einer Zeit wachsender wirtschaftlicher Prosperität. Wenn sich bei einem wieder

Das hier beschriebene Problem ist kein Phänomen der ökonomischen Krise, die uns immer noch in Atem hält. Im Gegenteil: Es ist ein Problem des wirtschaftlichen Aufschwungs.

einsetzenden Aufschwung Unternehmensgewinne und damit Kapitalerträge erneut von den Arbeitseinkommen entfernen, wird die „Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsdebatte“ erst ihre volle Wucht entfalten.

Aber die soziale Dynamik und Aufstiegsverheißung in den USA geraten ebenfalls unter Druck. Das hat natürlich auch mit Gehaltsexzessen an der Wall Street zu tun. Vor allem aber wird das Aufstiegsversprechen durch gesellschaftliche Segregationstrends konterkariert, die sich in „gated communities“ oder privaten Bildungsinstitutionen mit soziologisch eher homogener Population manifestieren.¹⁰ Zudem haben – wie auch Nils Goldschmidt in seinem Beitrag beschreibt – unter anderem fehlende wohlfahrtsstaatliche Interventionsmechanismen dazu geführt, dass die Krise breite Teile der amerikanischen Gesellschaft weit aus härter als etwa die deutsche Gesellschaft getroffen hat.

Kommt man in diesem Zusammenhang auf die Frage zurück, wie sich eine Erosion gesellschaftlichen Zusammenhalts

politisch verhindern lässt, dürfte es sich als wenig erfolgversprechend erweisen, alte Feindbilder wiederzubeleben oder mit großer rhetorischer Geste gegen die Individualisierung zu Felde zu ziehen.

Sehr viel eher wird man in den USA – und die Gesundheitsreformpläne weisen in diese Richtung – über zusätzliche Möglichkeiten der sozialen Sicherung und in Deutschland darüber nachdenken müssen, wie sich eine größere gesellschaftliche Dynamik entfalten lässt, die sich an der Förderung gesellschaftlicher Durchlässigkeit und der Verbreiterung von Aufstiegschancen orientiert.

An dieser Frage nehmen auch die in diesem Band versammelten Beiträge Maß. Udo Di Fabio rehabilitiert in seinem weit in die Geschichte und Entwicklung der Bundesrepublik ausgreifenden Aufsatz die oft als statisch beschriebenen Fünfziger- und Sechzigerjahre, die er als eine Zeit zuversichtlicher Dynamik kennzeichnet. Diese Dynamik sei unter anderen Vorzeichen in der durch die Chiffre „68“ eingeleiteten Phase durchaus fortgesetzt worden und erst später durch flexiblere Erwerbsbiographien und den Beschleunigungsprozess der Globalisierung unter Druck geraten. Vor diesem Hintergrund sieht auch Udo Di Fabio Bildung als Schlüssel zu Aufstieg und gesellschaftlicher Teilhabe, aber versteht darunter keinen entleerten, auf reine Berufsfähigkeit reduzierten Begriff, sondern einen Begriff von Bildung, der Personwerdung unterstützt und einen Weg zu glücklichem und gelingendem Leben weist. Den Staat sieht er in der Pflicht,

¹⁰ Sie hierzu ausführlich Robert Reich, *The Future of Success: Working and Living in the New Economy*, New York 2000.

notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen, aber auch dort enthalten zu sein, wo Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, Bürgersinn und Bürgerstolz entwickeln und so die eigentlichen Voraussetzungen für ein lebenskräftiges Gemeinwesen schaffen.

Nils Goldschmidt nimmt sich in seinem Beitrag aus ordnungspolitischer Perspektive zweier Begriffe an, auf die der Diskurs über soziale Mobilität und gesellschaftliche Ungleichheit immer wieder zurückkommt: Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Er weist auf die Verkürzungen hin, mit der sowohl die Kritiker wie auch die Befürworter den Begriff einer statisch als Startgerechtigkeit verstandenen „Chancengleichheit“ deuten, und plädiert für einen dynamischeren Begriff der „Chancengerechtigkeit“, der sich nicht nur an den Startbedingungen, sondern „immer wieder“ an der Inklusion des Einzelnen in die Gesellschaft orientiert und auf entsprechende politische Rahmenbedingungen angewiesen ist.

Abschließend zeigt Heinz Bude, vom Fabel-Gegensatzpaar der Löwen und Füchse ausgehend, auf welche Widerstände eine Politik der sozialen Dynamik und Aufstiegsmobilität stoßen kann. Welche Herausforderungen ergeben sich, wenn der Aufstieg bisheriger „have nots“ dazu führt, dass die Status- und Anrechte-Inhaber neue Formen der Abgrenzung entwickeln, um die „Exklusivität“ ihres Status zu wahren – obwohl sie perspektivisch (unter anderem aus Gründen der demographischen Entwicklung) darauf angewiesen sind, dass den aufstrebenden und bildungsbereiten „Füchsen“ der gesellschaftliche Aufstieg ermöglicht wird? Wenn er gegen Ende seines Beitrags feststellt, dass „überall [...] Verwirrung die Folge [ist]“, ist damit hoffentlich nicht die Quintessenz dieses Bandes auf den Punkt gebracht. Ganz sicher wird

aber auch in dieser Schlussfolgerung deutlich, dass die für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit zentrale Herausforderung, eine dynamisch verstandene Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, alles andere als trivial ist. Eine hier anknüpfende Politik muss – auch um dauerhaft auf ein adressierbares „Wir“ zurückgreifen zu können – die beschriebenen gesellschaftlichen Konflikte zu einem vernünftigen Ausgleich bringen und Freiräume bürgerlicher Lebensentfaltung belassen.

Im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten will auch die Vodafone Stiftung einen Beitrag dazu leisten, dynamische Chancengerechtigkeit zu befördern: nicht, weil wir glauben, dass jeder zu einer gesellschaftlichen Spitzenposition berufen ist, sondern weil wir überzeugt sind, dass jeder Einzelne die Möglichkeit haben muss, die in ihr oder ihm angelegten Talente zur Entfaltung zu bringen.

Dr. Mark Speich

ist Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschland.

Soziale Mobilität und Leistungsgerechtigkeit als Herausforderung moderner Staatlichkeit

Von Udo Di Fabio

I.

Wir nennen eine Gesellschaft „modern“, wenn sie bestimmten Prinzipien gehorcht. Tragende Prinzipien sind personale Freiheit und Privatautonomie, intersubjektiv überprüfbare Rationalität, die Marktwirtschaft auf der Basis von Privateigentum, freie Wissenschaft, demokratische Politik, unabhängige Rechtsprechung, Religionsfreiheit und freiheitsgerechte Erziehung. In vormodernen Gesellschaften wurde die soziale Welt mit erheblichem Aufwand als Einheit konstruiert, symbolisiert und in Kollektiven mit festen Regeln zusammengehalten, die individuelle Freiheit nicht vorsahen oder zur Leitidee machten. Vormoderne Gesellschaften wurden durch Religion und Tradition, Charisma und Mythos garantiert, waren eng eingebettet in eine harmonische Ordnungsidee, eine gottgewollte oder natürliche, eine geoffenbarte oder ewig bestehende Ordnung.¹

Die westliche Neuzeit stellt nicht die harmonische Ordnung in den Mittelpunkt eines normativ verbindlichen und konsistenten Gesellschaftsentwurfs, sondern seit der Zeit des Renaissancehumanismus von Alberti aus Florenz bis Erasmus von Rotterdam² den einzelnen Menschen, frei geboren und mit gleichem Recht. Die Würde des Menschen stammt aus der maßgeblichen Qualität des Menschseins, nämlich der Fähigkeit zur freien Selbstbestim-

mung. Selbstbestimmung meint die schöpferische Entscheidung darüber, was aus dem eigenen Leben wird.³ Egal, was mit empirischen Belegen und mit ernüchternden Einzelfällen dagegen ins Feld geführt wird, so gilt doch in der normativen Konstruktion: Der Mensch ist zur Einsicht und Vernunft fähig, kann deshalb für sich selbst entscheiden, abwägen und sich binden, vor allem durch Verträge. Privatautonomie ist deshalb ein verfassungskräftig anerkanntes Leitprinzip jeder sozialen Begegnung.⁴ Zur Privatautonomie gehört das private Eigentum. Das Privateigentum in all seinen Facetten ist die feste Zuordnung eines Vermögenswertes zu einer Rechtsperson, es verschafft die sichere Disposition über die eigene Existenz, ohne jemanden fragen und bitten zu müssen. Bevor in einer entwickelten Geldwirtschaft die Ungleichheit der Vermögen zum Problem wird, gilt im viel fundamentaleren Modus des Formprinzips, dass Geld gleich macht, weil es für denjenigen, der es hat oder haben will, nicht auf soziale Rangverhältnisse ankommt. Geld ist ein großer Gleichmacher, weswegen die Kulturkritik an Geld und Zins sich immer auch

-
- 1 Siehe etwa im Blick auf den Übergang zur Neuzeit mit den religiösen Zweifeln und Ängsten: Richard van Dülmen, *Kultur und Alltag in der frühen Neuzeit*, 3. Auflage, München 2005, S. 56 ff.
 - 2 Die Geburt der Neuzeit breitet sich im 15. Jahrhundert vor allem in der oberitalienischen Kunst- und Denkwelt der Renaissance aus, aber sie war auch ein gemeineuropäisches Phänomen, vgl. Peter Burke, *Die europäische Renaissance*, München 1998, S. 54 ff.
 - 3 Zur Herleitung aus der Gottesebenbildlichkeit im „mirandolischen Freiheitsaxiom“: Udo Di Fabio, *Gewissen, Glaube, Religion*, 2. Auflage, Berlin 2009, S. 52 ff.
 - 4 Als Privatautonomie gilt „das Prinzip der Selbstgestaltung der Rechtsverhältnisse durch den einzelnen nach seinem Willen“. Die Privatautonomie ist danach „ein Teil des allgemeinen Prinzips der Selbstbestimmung des Menschen.“ Werner Flume, *Das Rechtsgeschäft*, 4. Auflage, Berlin 1992, S. 1.

dagegen richtete. Jedenfalls passt die Gleichheit vor dem Medium Geld gut zur Gleichheit vor dem Gesetz, der Schutz der freien Entfaltung der Persönlichkeit gut zum Schutz des Eigentums in privater Hand.

All das ist im Verfassungstext nachzulesen: die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Berufsfreiheit, der Schutz des Eigentums. Aber greift das dennoch nicht zu kurz? Kann man sich wirklich einen sozialen Verband vorstellen, der als reine Privatrechtsgesellschaft funktioniert, in dem der Mensch nur *homo oeconomicus* ist? Solche Fragen werden drängender, wenn man den Fehler begeht, ein wirtschaftlich reduziertes Bild der Privatrechtsgesellschaft zu zeichnen und dann von diesem Bild

überwältigt wird. Die Marktfreiheit ist eine konstitutive, aber nicht hinreichende Bedingung für persönliche Freiheit und die Aussicht auf Glück. Das Gelingen einer freien Gesellschaft ist nicht allein auf Personen, sondern auf Persönlichkeiten angewiesen. Eine Persönlichkeit entsteht in sozialen Lebenswelten, mit dem Kompass eines über Erziehung und

Die Marktfreiheit ist eine konstitutive, aber nicht hinreichende Bedingung für persönliche Freiheit und die Aussicht auf Glück. Das Gelingen einer freien Gesellschaft ist nicht allein auf Personen, sondern auf Persönlichkeiten angewiesen.

Bildung geschärften Gewissens und der Fähigkeit, von der Freiheit nach sittlicher Einsicht Gebrauch zu machen. Der Mensch ist von Geburt an abhängig von Gemeinschaften, die nicht ökonomisch und auch nicht rechtlich funktionieren.

Wie gelangt man eigentlich zu der Fähigkeit, eine Persönlichkeit zu werden, die sich nicht nur in der normativen Theorie, sondern auch praktisch mit Aussicht auf Erfolg im Wirtschaftsleben eine eigene Existenz erstreitet? Bedarf es nicht der

stabilen, gut gefügten, lebendig-optimistischen Familie und der guten Erziehung dort wie in Bildungseinrichtungen, der Religionsgemeinschaften und der lebensweltlichen Kulturräume ganz verschiedener Art? Und ist die Lage hier eigentlich gut? Sehen wir nicht tagtäglich die Erosion aller Gemeinschaften, die für Erziehung, sittliche Lebensführung oder transzendenten Lebenssinn zuständig sind: Familien, Ehe, Religionsgemeinschaften, Nachbarschaften, Freundschaften, Idealvereine, Gewerkschaften? Welche Folgen hat das?

II.

Und vielleicht im Einwand noch gravierender: Kann man heute tatsächlich noch die Idylle der Privatautonomie besingen, in der jeder, der fleißig ist, es zu etwas bringt, es jedem offen steht, zum Kreis der Anleger, Eigentümer und Vermögenden vorzustoßen, wenn er es nur klug anfängt und hart arbeitet? Noch in den Sechzigerjahren waren die Deutschen ganz überwiegend der Ansicht, dass sie Teil einer durchlässigen Leistungsgesellschaft sind. Im Vergleich zur eigenen Geschichte, aber auch im Vergleich etwa zu England und Frankreich, waren sie es auch. Der Soziologe Helmut Schelsky hatte schon Anfang der Fünfzigerjahre von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft gesprochen und damit das marxistische Szenario, wonach der Mittelstand verurteilt sei, ins besitzlose Proletariat abzusteigen, geradezu ins Gegenteil verkehrt.⁵ Der vorherrschende Geist der Fünfziger- und

⁵ Siehe etwa Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Erstaufgabe 1953, 4. Auflage 1960.

Wer heute Ludwig Erhards Programmschrift „Wohlstand für alle“ liest, weiß, welcher Geist sozialer Mobilität, welche Aufbruchsstimmung eines (auf Bewährung) freigelassenen Volkes herrschte und welches Vertrauen in das Prinzip der Leistungsgesellschaft gesetzt wurde.

Sechzigerjahre war von Menschen wie Ludwig Erhard bestimmt. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft sollte nicht nur westlich, demokratisch und frei sein, sie sollte auch allen immer noch vorhandenen ständischen Dünkel, alle Klassenschranken endgültig verabschieden. Die Verbrechen der nationalsozialistischen

Herrschaft, Krieg und Vertreibung hatten die Reste der vormals noch recht stark geschichteten Gesellschaft nahezu vollständig beseitigt: den Dünkel des Adels, der Offiziere, die Herr-im-Haus-Mentalität der Unternehmer.

Einquartierungen, millionenfache Wanderungsbewegungen vom Osten in den Westen und die Erfahrung des Aufeinander-Angewiesen-Seins hatten hier ebenso viel bewirkt wie die Edukationsprogramme vor allem der Amerikaner, deren offener und optimistischer Lebensstil die Deutschen ansteckte. Wer heute Ludwig Erhards Programmschrift „Wohlstand für alle“ liest,⁶ weiß, welcher Geist sozialer Mobilität, welche Aufbruchsstimmung eines (auf Bewährung) freigelassenen Volkes herrschte und welches Vertrauen in das Prinzip der Leistungsgesellschaft gesetzt wurde.⁷

Man kann sich heute nur schwer vorstellen, was im Übergang von den Fünfziger- zu den Sechzigerjahren die Öffnung der Bildungszugänge und die enge Verbindung von Leistungs- und Bildungsprinzip für die Mobilität einer industriellen Gesellschaft bedeutete. Bis weit in die Fünfzigerjahre hinein war klar, dass das Kind aus der Familie eines Arbeiters nicht auf eine weiterführende Schule ging, bei dem eines Bäckermeisters oder Arztes war

das schon länger anders. Ein Name, der nicht deutsch klang, war zwar im Ruhrgebiet, diesem „melting pot“, kein wirkliches Problem, wohl aber in anderen Gegenden Deutschlands. Und wichtig war auch das Geschlecht. Mädchen aus einer Arbeiterfamilie hatten, auch wenn sie zu den besten Schülern der Klasse zählten, keine Chance auf den Besuch einer weiterführenden Schule, sie würden doch ohnehin heiraten und den Haushalt führen. Warum also hier in Bildung investieren?

Aber dann, ab den späten Fünfzigern, setzte sich eben dieser neue Geist durch.⁶ Es waren die jungen Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen, die Eltern geradezu überredeten, ihre Kinder auf ein Gymnasium, auf eine Realschule zu schicken, und es waren Politiker wie der Wirtschaftsminister Erhard und die Medien, die Zeitungen und das neue Fernsehen, die „Aufstieg durch Bildung“ leidenschaftlich propagierten. Es waren aber auch die Kultusminister der Länder und ihre aus der preußischen Staatsverwaltung hervorgegangenen Beamten.⁷ Das riss bald auch die

6 Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964.

7 In den Sechzigerjahren wurde der Begriff noch als ganz überwiegend positiv, konstruktiv und sachlich gebraucht (siehe etwa David C. McClelland: *The Achieving Society*, Princeton, New Jersey 1961; dt.: *Die Leistungsgesellschaft. Psychologische Analyse der Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung*, 1966), danach geriet er immer mehr unter die Anklage, eine Leistungsgesellschaft gäbe es wegen sozialer Ungleichheit gar nicht (siehe etwa Michael Hartmann: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt a. M. 2002).

8 Diese Bewegung wurde nicht geboren, aber erheblich befeuert in den Sechzigerjahren, siehe etwa Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht*, Hamburg 1965.

9 Ludwig von Friedeburg, *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Frankfurt a. M. 1989.

Eltern mit. Die dynamische Gesellschaft spürte, dass die jetzt schon gewohnten Zuwächse an Einkommen, das seit 1949 ungebrochene Wirtschaftswachstum nur dann Bestand haben würden, wenn bei offenen Märkten die Produktivität in Deutschland ständig steigt. Der Verlust von einst sicher geglaubten Marktanteilen, etwa auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik, und der relative Verlust an Forschungsgewicht im internationalen Wettbewerb zeigten an, dass die Gesellschaft einen Sprung nach vorne machen musste, um vorne zu bleiben. Gebrauchte wurden also mehr Ingenieure, Facharbeiter, Techniker, Physiker, Mathematiker, Lehrer, Betriebswirte, Ärzte, Juristen: überhaupt mehr Fachkräfte und Akademiker für die neue Wissensgesellschaft. Deshalb war die Klage über den Bildungsnotstand¹⁰ zwar schon wieder eine jener übertreibenden deutschen Wahrnehmungen der Wirklichkeit mit katastrophischen Bildern und mit lautem Wehklagen. Aber die Debatte war im Kern doch auch eine zeitgerechte Diagnose, die das klassische Bildungsethos und die Dynamik der Wachstumsgesellschaft zusammenbrachte, und zwar in der Forderung nach Verbreiterung der Bildungszugänge durch den Ausbau der Infrastruktur, mit höherer Durchlässigkeit innerhalb des gegliederten, leistungsgerechten Schulsystems. Bildung nach freier Wahl für die Geeigneten und Leistungsbereiten: Das war das Credo, das elektrisierte. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ sagten die, die die frische Luft von Freiheit und Wohlstand in der Nase hatten und für die eine Familie noch ganz selbstverständlich im Mittelpunkt von Lebenssinn und Lebensplanung stand.

Wichtig war auch ein nahezu kompromisslos scheinendes Leistungsethos, das aber durchaus nicht inhuman war, Freiräume für eigene Kreativität verlangte, auch Mußestunden zuließ und

mit der Gewerkschaftsforderung nach dem arbeitsfreien Samstag und der Erhöhung der Urlaubstage korrespondierte. Aber was der Mensch ist, das sollte man an seinen Leistungen sehen, an akademischen Titeln und mehr noch an der Größe des Autos, des Hauses, an der Zahl wohlgeratener Kinder. Man schaute in dieser Zeit aufeinander, um zu sehen, zu was es der andere gebracht hatte – und tatsächlich ging es für alle irgendwie aufwärts, wobei größerer Erfolg als andere in direktem Zusammenhang mit harter Arbeit und unternehmerischer Cleverness gesehen wurde, weswegen recht wenig Neid aufkam, aber viel Wettbewerb herrschte.

Man schaute in dieser Zeit aufeinander, um zu sehen, zu was es der andere gebracht hatte – und tatsächlich ging es für alle irgendwie aufwärts, wobei größerer Erfolg als andere in direktem Zusammenhang mit harter Arbeit und unternehmerischer Cleverness gesehen wurde, weswegen recht wenig Neid aufkam, aber viel Wettbewerb herrschte.

Auch Gemeinschaften wie Familien, christliche Gemeinden, Vereine, Parteien und Gewerkschaften galten in den Sechzigerjahren nicht wirklich als Problem, sondern als geradezu natürliche Räume und Ressourcen für gute Erziehung, für Zusammenhalt und Gemeinsinn, sie galten als selbstverständliche, sinnvolle Gegengewichte zur Ökonomisierung der Gesellschaft. Sie alle waren doch gerade wieder deutlich erstarkt. Für die Gemeinschaften von der Ehe bis zum Staat galt jetzt stärker denn je das Prinzip der Freiwilligkeit. Jede Gemeinschaft stand jetzt un-

10 So die Demonstrationstheorien bis 1967, noch drastischer im Titel: Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, 2. Auflage, München 1965.

ter dem Vorrang des personalen Freiheitsprinzips; Kollektivismus herrschte woanders. Und musste das den Gemeinschaften überhaupt schaden? Wann waren Gewerkschaften jemals anerkannter und einflussreicher als zu Zeiten der Sozialpartnerschaft? Wann war das Familienleben so vital und so relativ sorgenfrei wie Anfang der Sechzigerjahre? Wann waren Parteipolitiker angesehen, wann kirchliche Eheschließungen so selbstverständlich wie zu dieser Zeit, wann waren Presse und Rundfunk so meinungsbildend, klar in den Wertungen und so verantwortlich für das Gelingen einer freien Gesellschaft? Gewiss: Gemeinschaften waren unter der Prämisse der Personalität schon lange zu vertraglich begründeten und vom Willen der Menschen abhängigen Einrichtungen geworden, aber jetzt wurde dies akzeptiert, und das noch ohne jene eitle Geste der Überheblichkeit, die dann kulturrevolutionär angespornt behauptete, es handle sich hier durch die Bank um kleinbürgerliche Miefigkeit mit dem Geruch von Beitragskassierern, mit geistiger Enge, sozialem Zwang und Nachbarschaftskontrolle.

III.

Warum ist diese schöne Welt von Schelsky und Erhard so anders geworden?¹¹ Waren die „Achtundsechziger“ schuld? Also jene Rebellion gegen das, was eigentlich schon längst im Fallen war: der Kampf gegen die Autoritäten mit ihren Chefarztstellen und ihrem Kommando-Tonfall, mit ihren qualmenden Zigarren, den Schmissen im Gesicht, mit ihrem männlichen Imponiergehabe in Hinterzimmern und an Stammtischen? Natürlich war die kultu-

**Warum ist diese schöne Welt von Schelsky
und Erhard so anders geworden?
Waren die „Achtundsechziger“ schuld?**

relle Umwälzung auch eine gegen das Leistungsethos, gegen sogenannte Sekundärtugenden wie Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Höflichkeit. Stattdessen wurden die selbstexpansiven Werte des Leistungsethos und der bürgerlichen Familie bekämpft mit hedonistischen Werten: Genusswerte gegen Leistungswerte, also Spaß, Freizügigkeit, Lockerung aller Bindungen, Hedonismus und Konsumismus – „Kinder von Marx und Coca Cola“¹² eben. Aber es war keine Bewegung, die irgendwie gegen die soziale Mobilität gerichtet gewesen wäre. Im Gegenteil: Die Gesellschaft wurde beweglicher, weltoffener und noch durchlässiger. Jeder konnte aufsteigen, Chancen ergreifen, sich von der wirtschaftlichen Wachstumswelle nach oben tragen lassen, mit oder ohne lautstarke Kritik am herrschenden System. Nationale Grenzen verloren ihre Bestimmungskraft für das Denken und Erleben. Die Welt kam näher, nicht nur für Touristen, sondern auch für Austauschschüler, europäische wie internationale Partnerschaften und Studienprogramme.

All das, alle jene kulturellen Phänomene wären aber nicht ausschlaggebend gewesen ohne die Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen seit den Siebzigerjahren. Die amerikanische Idee einer Liberalisierung der Märkte begann sich im Westen

11 Wobei man vorsichtig sein sollte mit der Behauptung, Deutschland sei sozial wieder undurchlässiger geworden, wenn es sich in Wirklichkeit um die schwierige Integration anderer kultureller Mentalitäten wie etwa im Prozess der Wiedervereinigung oder der Migration handelt. Siehe etwa Reinhard Pollack, „Soziale Durchlässigkeit in West-Deutschland gestiegen“, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 29, 2003, S. 8 ff.

12 So hieß in deutscher Titelfassung ein berühmter Film von Jean-Luc Godard aus dem Jahr 1966: *Masculin – Feminin* oder: *Die Kinder von Marx und Coca-Cola* (Originaltitel: *Masculin, féminin: 15 faits précis*).

endgültig durchzusetzen. Die europäische Integration startete ihre Erfolgsgeschichte ebenfalls mit dem Kampf gegen Zölle und Protektionismus, gegen kleinräumige Handelsbarrieren und die Kleinstaaterei technischer Normierung. Deutschland und Japan profitierten von der neuen Freiheit des Handels sowie von der Rechtssicherheit der „Pax Americana“, sie erstarkten als die gerade noch militärisch niedergeschlagenen Mächte, und zwar in beispielloser Weise.

Weltwirtschaft, offener Handel und internationale Arbeitsteilung wurde zu einer Realität, nach 1990 dann tatsächlich global. Sie entfalten jeden Tag mehr Kräfte, vor allem in Asien, auf die man sich im guten alten Europa, aber auch im selbstgewissen Amerika erst allmählich einzurichten beginnt. Ohne die Dynamik der weltwirtschaftlichen Verflechtung würden Staaten wie Deutschland, Schweden, Italien oder Japan vermutlich längst ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum dastehen; sie würden stagnieren. Aber der Wettbewerb der Produktionsstandorte, die Planung weltweiter Absatzmargen, die Digitalisierung und Vernetzung der Kommunikation,¹³ die Schnelligkeit des Wissenschafts- und Techniktransfers, die neuen Potentiale der Geldschöpfung über den internationalen Finanzmarkt: All das wälzte nicht nur in Transformationsstaaten die politischen und sozialen Rahmenbedingungen um, sondern auch bei den Hauptakteuren und ersten Nutznießern offener Märkte.

IV.

Für diese Umwälzung schien der kulturelle Wandel des Westens seit den Siebzigerjahren zunächst wie geschaffen. Die Menschen waren schließlich im Lebensstil ungebundener gewor-

den, verzichteten vor allem auf lebenslange Bindungen, waren weltoffener, mobiler, lernten Englisch als Verkehrssprache, verabschiedeten sich von größeren Kinderzahlen und von alten Rollenverteilungen in der Familie.¹⁴ Man konnte leichter junge Leute nach Abu Dhabi auf Montage schicken, italienische Autodesigner nach Deutschland holen, Betriebsleiter nach China entsenden. Aber gab es nicht auch zunehmend erhebliche Verwerfungen und eine dunkle Seite der globalen Modernisierung? Gab es nicht auch die „Modernisierungsverlierer“, die Abgehängten und Vergessenen? Der Versuch, den internationalen Wettbewerb durch Produktivitätssteigerungen, durch mehr Bildung, durch mehr Berufszertifizierung, also bessere Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und durch mehr technische Innovationen zu gewinnen, stieß an Grenzen. Es kamen dabei nicht mehr alle mit. Durch Einwanderung hatte sich zudem die kulturelle Vielfalt als ein Faktum erwiesen, auf das eine Bildungswelt nicht vorbereitet war, die bestimmte Identitäts- und Ordnungsvorstellungen als selbstverständliche Einstellungen von Kindern und Jugendlichen voraussetzte.

Der Versuch, den internationalen Wettbewerb durch Produktivitätssteigerungen, durch mehr Bildung, durch mehr Berufszertifizierung, also bessere Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und durch mehr technische Innovationen zu gewinnen, stieß an Grenzen. Es kamen dabei nicht mehr alle mit.

¹³ Wobei erste Ergebnisse der Internetsoziologie Aufmerksamkeit verdienen, etwa: Stephan Humer, Digitale Identitäten. Der Kern digitalen Handelns im Spannungsfeld von Imagination und Realität, Winnenden 2008.

¹⁴ Vgl. Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, München 2005, S. 36 f.

Im Konzept des „Wohlstands für alle“ gelangte der Mehrwert nicht mehr automatisch zu allen, wie man es bei stetem Wachstum erwarten dürfte. Für Geringqualifizierte gab es seit der Industrialisierung in Zeiten guter Konjunktur im Grunde immer genügend zu tun. Bis zu Beginn der Siebzigerjahre musste Deutschland noch mit Anwerbern in Portugal und Anatolien industrielle Arbeitskräfte weit außerhalb der Grenzen suchen. Doch dann wurden solche Arbeiten technisch ersetzt oder international verlagert, weil sie im drastisch sich intensivierenden globalen Wettbewerb zu teuer wurden. Überhaupt erschienen plötzlich die Tarifautonomie und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland als Problem, weil sie relativ hohe Löhne und hohe Nebenkosten verursachten, die die Arbeit zu teuer machten.

Ein anderer Traum Ludwig Erhards verblasste. Er hatte noch nachdrücklich vertreten, dass die Förderung von Wachstum bei Begrenzung der Staatsausgaben auf dem – nicht nur für ihn – ordentlichen Niveau der späten Wirtschaftswunderjahre zu einer deutlichen Senkung der Steuerlast führen würde und damit die

Es begann die Stunde der Konjunktursteuerung, der aktiven Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um hohes Beschäftigungsniveau, Preis- und Währungsstabilität sowie Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Wirtschaft noch mehr Kräfte entfalten, den Menschen noch mehr Freiheit gelassen werden könnte, all das ohne Vernachlässigung der Staatsaufgaben.¹⁵ Nach seinem Sturz als Kanzler wurden die Weichen anders gestellt, auch weil seine Prognose, man habe die Konjunkturzyklen bereits durch die Liberalisierung der

Märkte überwunden, sich nicht als zutreffend erwies. Es begann die Stunde der Konjunktursteuerung, der aktiven Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um hohes Beschäftigungsniveau, Preis- und

Währungsstabilität sowie Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Dazu musste der Staat viel Geld in die Hand nehmen, weil seine öffentliche Haushaltswirtschaft in den Dienst des Wachstums gestellt wurde. Bauprogramme für den Ausbau von Hochschulen, Krankenhäusern, Straßen, Maßnahmen für den Umweltschutz, Ausweitung der sozialen Sicherung, Bildungs- und Ausbildungsförderung, Stabilisierung und Steigerung des Rentenniveaus, Verbesserung des Gesundheitsschutzes, Vorruhestandsregelungen: All das kostete Geld und konnte von den steigenden Erträgen des abgeflachten Wachstums nicht erwirtschaftet werden, schon gar nicht so, dass Überschüsse für die Steuer- und Abgabensenkung blieben. Im Gegenteil mussten die Steuern und die Abgaben in der Tendenz eher erhöht und gleichzeitig Schulden gemacht werden. In der Rezession nach Keynes kein Problem, wenn man – was nicht geschah – die Schulden bei guter Konjunktur wieder tilgt.

Auch fiskalpolitisch vernünftige Politiker wie Kanzler Helmut Schmidt oder Finanzminister Gerhard Stoltenberg konnten die Dynamik eines konjunktursteuernden Sozialstaates nicht eindämmen, der durch die europäische und globale Öffnung zwar erhebliche Vorteile gewonnen hatte, aber auch Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu verlieren drohte. Der Staat gewann Einnahmen und internationalen Einfluss, verlor aber eigenständige Gestaltungsinstrumente wegen der zunehmenden Mobilität seiner Bürger und Unternehmen und wegen des Aufkommens jener neuen europäischen und internationalen Art des Regierens mithilfe kooperativ verflochtener Netzwerke. Natürlich

15 Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 21 f.

blieb eine Menge, was nationalstaatlich entscheidbar war – demographische Faktoren in der Rentenversicherung, Schulpolitik, das Budget, die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand – aber anderes, wie etwa die Zoll- und Währungspolitik, große Bereiche der Industriepolitik und der Wirtschaftsförderung wurden vergemeinschaftet: Das war und ist gut für Europa und auch für eine jede Exportwirtschaft, aber es ist weniger gut für eine Politik aus einem Guss, die die Fäden der Gegenseitigkeit in der Hand und die Übersicht behält.

V.

Seit den Neunzigerjahren ist man ohnehin gar nicht mehr sicher, ob sich wirtschaftliche Prosperität und nachhaltige soziokulturelle Entwicklung eines Staates tatsächlich über solche Stellschrauben wie Zölle oder Auf- und Abwertungen der Währung, über Ansiedlungspolitik und Subventionen maßgeblich beeinflussen lassen. Seit dieser Zeit ist der „subjektive Faktor“ ins Bewusstsein zurückgekehrt. Wie kann man soziale Mobilität und Aufstiegschancen für alle gewährleisten? Wie kann Globalisierung auch im Rahmen einer nationalen Gesellschaft und eines kontinentalen Staatenverbundes leistungsgerecht ausgestaltet werden, sodass nicht nur die Exponenten der Internationalisierung ihr Schäfchen ins Trockene bringen, sondern Wohlstand für alle möglich bleibt? Die Macht der Gewerkschaften zur Gestaltung der Tarif- und Arbeitsbedingungen ist geschrumpft. Auch sie rufen nach staatlichen Mindestlöhnen.¹⁶ Das ist in Problembereichen ebenso verständlich, wie es dem Eingeständnis gleichkommt, mit den Mitteln des kollektiven Vertragsrechts und gewerkschaftlicher Organisationsmacht nicht mehr weiter-

zukommen. Die öffentliche Wahrnehmung ruft dagegen nach Bildungsoffensiven. Die Wirtschaft hatte auf Verkürzung der Schulzeit gedrängt, andere verlangen Ganztagschulen, nicht nur um nachmittägliche Betreuungspro-

bleme zu mindern, sondern vor allem um einen Integrationsgewinn für Kinder aus traditionell orientierten Einwandererfamilien zu erzielen. Nicht die Bundeswehr, sondern die Schule – hatte Willy Brandt in einer Regierungserklärung einst gesagt – sei die Schule der Nation. In der Tat steckt im deutschen Schulsystem viel Erziehungs-, Bildungs- und Integrationspotential. Doch die Schulen und ihre Lehrer könnten leicht überfordert sein, wenn bei ihnen zu viel abgelagert wird. Wenn manche Elternhäuser sich aus der Erziehungsverantwortung davonestehlen, müssen Lehrer schon außergewöhnlich motiviert sein, um Defizite bei der Leistungsfreude, der Wertorientierung und beim Respekt im Umgang miteinander wieder auszugleichen. Im Übrigen hat sich eine wohlhabende Gesellschaft entschlossen, allenfalls gleichbleibende oder sogar relativ sinkende Anteile am BIP (ca. 5,3 %) in Bildung zu investieren und stattdessen seit Jahrzehnten ideologische oder technokratische Debatten über Schulformen zu führen, wobei die Erziehungs- und Bildungsqualität nicht sonderlich zugenommen haben. Die Ökonomisierung der Bildungspolitik, wie

In der Tat steckt im deutschen Schulsystem viel Erziehungs-, Bildungs- und Integrationspotential. Doch die Schulen und ihre Lehrer könnten leicht überfordert sein, wenn bei ihnen zu viel abgelagert wird.

16 Zum Problem unternehmerischer Ausweichbewegungen: Ulrich Sittard, Deutscher Mindestlohn: „Zur Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und zur Fluchtmöglichkeit für Arbeitgeber“, in: ZIP - Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2007, S. 1444 ff.

Die Ökonomisierung der Bildungspolitik, wie die Verkürzung der Schulzeit oder die Überfrachtung mit integrativ-politischen Zielen, hat weder den Schulen noch der Wirtschaft sonderlich genutzt. Einer Debatte über Bildungsinhalte, sittliche Verhaltensregeln und Identitätsanforderungen sind wir eher ausgewichen.

die Verkürzung der Schulzeit oder die Überfrachtung mit integrativ-politischen Zielen, hat weder den Schulen noch der Wirtschaft sonderlich genutzt. Einer Debatte über Bildungsinhalte, sittliche Verhaltensregeln und Identitätsanforderungen sind wir eher ausgewichen.

Von jungen Menschen mit guten Fähigkeiten wird unter den neuen Bedingungen Enormes verlangt: Sie sollen früher und schneller mit einer hohen Qualifikation fertig werden, ihnen winkt ein längeres Berufsleben, aber ohne die bei ihren Müttern und Vätern noch gewohnte Arbeitsplatzsicherheit. Wir reden dabei von Bildung, aber gemeint ist der stromlinienförmige schnelle Erwerb von Fähigkeiten für den Einsatz am Weltmarkt. Elastizität, Mobilität und Weltgewandtheit sind selbstverständliche Eigenschaften, harte Arbeit bei lockerem Gesichtsausdruck darf ihnen nicht fremd sein. Familie und Kinder sind gesellschaftlich gewiss erwünscht, dürfen aber nicht beruflich stören. Steigende Einkommen können nicht garantiert werden, wohl aber droht die Heranziehung zu steigenden Abgaben. Ein leistungsfähiges inländisch gebundenes Drittel der Gesellschaft wird absehbar große Lasten tragen müssen, während die international operierende Oberschicht bessere Erwerbs- und Ausweichmöglichkeiten besitzt, während der Kreis der sogenannten Transferleistungsempfänger größer wird.¹⁷

Der wirtschaftssteuernde Sozialstaat steht vor erheblichen gesellschaftlichen Problemen und auch Widersprüchen, die er mit seiner Politik selten gänzlich ausräumen, manchmal aller-

dings mildern, aber im ungünstigen Fall auch noch verschärfen kann. Wenn die Gesellschaft leistungsgerecht sein soll, dann sollten diejenigen, die Werte schaffen, eigentlich entlastet und motiviert werden, dann muss die Gesellschaft sich weiter als Arbeits- und Leistungsgesellschaft definieren. Aber wenn unter weltweitem Wettbewerbsdruck im unteren bis hinein zum mittleren Qualifikationsbereich die Löhne zu Marktbedingungen nicht mehr ausreichend hoch sind¹⁸ und demgegenüber im international anschlussfähigen Spitzenbereich eine Entkopplung von den inländischen Proportionen stattfindet – was dann?

Wird es womöglich zu einer strukturellen Teilung nach Interessen kommen? Einerseits zeichnet sich diejenige Gruppe ab, deren Einkommenshöhe von politischen Entscheidungen abhängig ist, sei es durch Grundsicherung, Rentenhöhe oder Lohnersatzleistungen, sei es durch die Festsetzung von Mindestlöhnen. Ihr gegenüber steht die Erwerbs- und Leistungsgruppe, die weiterhin zu international konkurrenzfähigen Marktpreisen den

17 Udo Di Fabio, Das bedrängte Drittel, FAZ v. 28. Oktober 2006

18 Thomas Rhein, Hermann Gartner und Gerhard Krug, „Niedriglohnssektor: Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert“, in: IAB-Kurzbericht Nr. 3/2005.

19 Dieses vom Unternehmer Götz Werner maßgeblich propagierte Modell (Götz Werner, Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen, Stuttgart 2006) formuliert in moralisch hoher Tonlage ein Verständnis von Menschenwürde, das zuerst eine Gemeinschaft voraussetzt, die fähig ist, den Würdeanspruch auf Existenzsicherung als Menschenrecht zu garantieren. Hinter dieser scheinbar radikalen Humanität, die wirtschaftliche Zwänge zur Arbeit und zur Existenzsicherung mit Michel Foucault als ungerechtfertigte Machtstrukturen und Freiheitseinschränkungen betrachtet, steht ein (gewiss ungewollter) konstruktiver Kollektivismus, weil alles davon abhängt, dass eine Gemeinschaft genau so besteht, dass sie das bedingungslose Grundeinkommen für alle verschaffen kann.

nicht marktgerecht abbildbaren Aufwand der ersten Gruppe auf einem akzeptierten Niveau erwirtschaften muss. Während in den letzten Jahren versucht wurde, Menschen nicht über Sozialhilfe aus der Mitte der Arbeits- und Leistungsgesellschaft herauszuwaschen zu lassen, sondern mit Förderung, aber notfalls auch mit Sanktionen wieder in die Arbeitsgesellschaft zu integrieren, kann man in letzter Zeit vermehrt Stimmen vernehmen, die das damit verbundene soziale und politische Konfliktpotential ebenso wie den regulativen Aufwand vermeiden wollen, indem sie eine ausreichend hohe „bedingungslose“ Grundsicherung, ein staatlich bestimmtes Grundeinkommen für alle verlangen.¹⁹ Aus Erhards „Wohlstand für alle“ aus den Früchten des Marktes würde eine Art „Existenzminimum für alle“ aus der Mehrheitsentscheidung der Demokratie.

Das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens wird durchaus auch von einzelnen Vertretern der Wirtschaft favorisiert, die sich hier vielleicht eine Art Katharsis versprechen, damit eine schlanke Spitzenökonomie nicht ständig von den Integrationsproblemen einer im nationalen Solidaritätskontext verharrenden Sozialpolitik gefesselt wird. Viele Menschen – quer durch die soziale Schichtung – möchten eben eine Verstaatlichung der Probleme und Risiken einer ansonsten eigentlich gut florierenden Wirtschaft. Sie möchten vielleicht diese ihnen antikiert scheinenden Sozialversicherungssysteme wenn nicht los werden, so doch beschneiden, weil mit der gemeinsamen Selbstverwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Unternehmen für regionale oder nationale Probleme in eine Verantwortung genommen werden, die bei internationaler Aufstellung manch einer nur als Wettbewerbsnachteil zu empfinden vermag.

VI.

Unter diesen Bedingungen wird die Republik und die Europäische Union nach einer neuen Mitte suchen müssen. Größere Bildungsanstrengungen, um Leistungsbereitschaft und soziale Durchlässigkeit zu fördern, tun gewiss Not, aber sie brauchen eine richtige Idee von Bildung, die man manchmal schmerzlich vermisst. Mitunter wird verkannt, dass Deutschland von seiner besonderen Mischung aus klassischem Bildungsethos und pragmatischer Berufsqualifikation echte und dauerhaft wirkende Wettbewerbsvorteile errungen hat. Die Kombination von Universitäten, Technischen Hochschulen, Fachhochschulen und das duale Berufsbildungssystem werden in der Summe bislang durch kein international vergleichbares Modell übertroffen. Internationale Vernetzung der Bildungsabschlüsse und Öffnung für den Austausch sind enorm wichtig, aber eine ungenügend diskutierte bürokratische Nivellierung der Universitätsstudiengänge wie im Bologna-Prozess, die sinnwidrige Verkürzung der gymnasialen Schulzeit bei steigender Akademisierung der Gesellschaft und eine Missachtung der Leistung des dualen Berufsbildungssystems führen in die falsche Richtung.

Moderne Staatlichkeit erweist sich in der Fähigkeit zur Balance zwischen widersprüchlichen Kräften, im Ausgleich, mit Augenmaß. Der moderne Staat muss seine europäischen und internationalen Bindungen stärker pflegen, im gemeinsamen Handeln mehr Gestaltungskraft erlangen, aber auch ausreichende

Größere Bildungsanstrengungen, um Leistungsbereitschaft und soziale Durchlässigkeit zu fördern, tun gewiss Not, aber sie brauchen eine richtige Idee von Bildung, die man manchmal schmerzlich vermisst.

nationale Handlungsfreiräume bewahren. Die Politik wird verstärkt in Infrastruktur der Erziehung, Bildung, Wissenschaft, der Sicherheit investieren, aber sie muss zugleich die öffentliche Haushaltswirtschaft in Ordnung bringen, weil hier ein Risiko für stabile Wirtschaft und eine Kultur der Solidität schlummert. Wenn dabei wirtschaftliche Leistungsträger nicht demotiviert und Familien mit Kindern besonders geschützt werden sollen, geht das nur über Wirtschaftswachstum, wenn man keine Beschränkung direkter Transferzahlungen will. Vor allem muss der demokratische Verfassungsstaat sowohl entschieden handeln, als auch wissen, wo er sich zurückhalten muss. Die freie Entfaltung

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit oder gar die private Sphäre sind keine Angelegenheiten des Staates, sondern verdienen das Vertrauen in die Kraft der Menschen, die tatkräftig handeln und dabei eine vernünftige Gesellschaft hervorbringen, wenn sie eben nur frei sind.

der Persönlichkeit oder gar die private Sphäre sind keine Angelegenheiten des Staates, sondern verdienen das Vertrauen in die Kraft der Menschen, die tatkräftig handeln und dabei eine vernünftige Gesellschaft hervorbringen, wenn sie eben nur frei sind. Wenn es nicht gelingt, wieder mehr Menschen anzuspornen, ihr Schicksal

selbst in die Hand zu nehmen und für sich, ihre Familie, für ihr Land etwas Neues zu schaffen, dabei auf andere Rücksicht zu nehmen und mit Bildung, Arbeit und freiwilliger Bindung sich als Persönlichkeit zu entfalten, dann wird immer mehr nach dem Staat gerufen und die Lebenskraft der Gesellschaft wird darunter leiden. Aber eine Politik der richtigen Balance wird die wachsende soziale Mobilität nicht als Gefahr sondern als Chance begreifen und sie wird sich anstrengen, mit den zivilgesellschaftlichen Kräften nach neuen Ordnungsmodellen zu suchen, damit eine

Gesellschaft Gerechtigkeit in all ihren Dimensionen erreicht: als Ausgleich von Benachteiligungen und karitative Zuwendung zum Menschen, aber eben auch als Leistungsgerechtigkeit, also der Gerechtigkeit, die denen widerfährt, die mit harter Arbeit in Ausbildung, Beruf und Familie Wohlstand und Reichtum hervorbringen und ohne deren Motivation eine Gesellschaft der Freien um ihren Antrieb gebracht würde.

Es geht hinter den sozialtechnisch notwendigen Debatten um die Grundidee richtiger Gesellschaft und um ein klassenloses Bild des Bürgers. Bürger zu sein, ist eine Frage der Lebensidee, also der Idee vom „richtigen“ Leben, das von jedem Einzelnen für sich aus Einsicht gefunden wird, aber angeschlossen bleibt an einen sittlichen Diskurs der Gesellschaft. Die Grundlinien dieser großen Idee, auf die unsere individuellen Entwürfe Bezug nehmen, stammen letztlich wohl aus der aristotelischen, aber auch der christlich-thomistischen Tugendlehre mit einem guten Schuss epikureischer Lebensfreude. Die Bürgertugenden knüpfen jedenfalls an die bekannten aristotelischen Kardinaltugenden²⁰ durchaus an: Die Tugend der Weisheit wird zum Bildungsideal und zum wissenschaftlichem Forscherdrang, Tapferkeit wird zu Bürgerstolz und zum unbeugsamen Freiheitsanspruch, Besonnenheit wird zum zweckrationalen Kalkül und zu einem verstandesgeführten Leben, die Gerechtigkeit wird zu der Verantwortung für die Angehörigen und das Gemeinwesen, wird zur überlegten Hilfe für die Schwachen. Und auch die von Thomas von Aquin betonten christlichen (göttlichen) Tugenden wie Glau-

²⁰ Markus H. Wörner, *Das Ethische in der Ethik des Aristoteles*, Freiburg i. Br./München 1990.

be, Hoffnung und Liebe²¹ finden ihre moderne Interpretation. Der Glaube an Gott wird zur persönlichen Glaubensfreiheit und zur Gewissensentscheidung, aus der Hoffnung wird die Fortschrittserwartung abgeleitet, die Liebe wird zum Lebenselement tragender Gemeinschaften und zum kulturellen Reservoir für die romantische Perspektive eines ansonsten doch eher kühlen Rationalisierungsprozesses. Daraus folgt ein in den Zeitläufen recht variables, aber im Kern konstantes Bild des Bürgers, das uns prägt und das wir heute unter der Rubrik „selbstexpansive Tugenden“ wieder abrufen.

Als „selbstexpansive Tugenden“ gelten das Streben nach Bildung, Selbstdisziplin, Aufstiegsorientierung, Persönlichkeitsentwicklung, auch die Suche nach ästhetischen und künstlerischen Standards. Selbstexpansive Werte sind für das Gelingen einer freien Gesellschaft unentbehrlich, sie wachsen nicht in Mi-

Verantwortungsgefühl, der Mut zur Übernahme auch von riskanten Aufgaben, der Mut, eine Familie zu gründen oder ein Unternehmen, der Antrieb zum Neuen und zur Weiterbildung, der Wille für sich selbst und die Zukunft zu sorgen: All das ist nicht staatlich zu verordnen, sondern liegt im Ethos der Bürgerlichkeit.

nisterialverwaltungen und Agenturen. Zu diesen Tugenden der Selbstentfaltung und Selbstüberschreitung gehört ein neu akzentuierter Bindungswille, aus freier Entscheidung und kluger Einsicht in das, was ein selbstbestimmtes, auch unbequemes, aber dadurch reiches Leben ausmacht. Ohne

solche bürgerlichen Tugenden gedeiht keine Hilfsbereitschaft, ist keine Solidarität und kein Zusammenhalt auf Dauer möglich, auch nicht durch einen maßvoll umverteilenden von der Verfassung geforderten Sozialstaat. Verantwortungsgefühl, der Mut zur Übernahme auch von riskanten Aufgaben, der Mut, eine Familie zu gründen oder ein Unternehmen, der Antrieb zum Neuen und

zur Weiterbildung, der Wille für sich selbst und die Zukunft zu sorgen: All das ist nicht staatlich zu verordnen, sondern liegt im Ethos der Bürgerlichkeit. Der moderne Staat hängt davon ab, ob eine Mehrheit der Bürger bereit ist, die weiteste Strecke ihres Lebens ohne Staat zu gehen, in sittlicher Freiheit zu wirken und sich zu binden, damit die subsidiäre staatliche Gemeinschaft ihre Kraft behält, dort präsent zu sein, wo es ohne sie nicht oder mit ihr doch weit besser geht.

²¹ Paulus, 1 Kor 13,13.

Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit?

von Nils Goldschmidt

Im Jahr 1889 kam es im Wilden Westen Amerikas zu einem denkwürdigen Ereignis. Am Mittag des 22. April ertönte der Startschuss für den „Oklahoma Land Run“, mit dem die Besiedlung des einstigen Indianerterritoriums durch weiße Siedler begann. Im Verlauf einiger Stunden wurde der Boden unter den zu Fuß oder auf Pferden und Wagen in Windeseile über das Land strömenden Menschen aufgeteilt. In weniger als einem Nachmittag entstand so auf staubigem Boden nicht nur ein Geflecht neuer Landbesitzer, sondern zugleich eine neue Gesellschaft: Am Abend des 22. lebten in der Stadt Guthrie, auf deren unbewohntem Gebiet sich in der Nacht zuvor noch Kojoten und Wölfe tummelten, zehntausend Bürger – die wohl schnellste Stadtbildung in der Geschichte der Menschheit.¹

Nun muss man aus heutiger Sicht die Vertreibung der Indianer aus dem Gebiet des heutigen Oklahoma sicherlich als politisch skandalös bezeichnen. Aber wenn man von den konkreten Umständen abstrahiert, ist dieser Wettlauf um Land nicht der Idealfall der Chancengleichheit? Alle haben die gleichen Bedingungen, die Spielregeln sind klar und der Bessere wird auch der Erfolgreichere sein. Oder ist es gerade umgekehrt: Ist dieser Wettlauf um die schönsten Plätze des neuen Territoriums nicht das

Gegenstück zu einer Welt gleicher Chancen? Wer – aus welchen Gründen auch immer – nur langsamer laufen kann, gerät ins Hintertreffen, derjenige, der ein Pferd besitzt oder sich eines borgen konnte, ist den Fußgängern überlegen und wird die ersehnten Gegenden fruchtbaren Landes eher erreichen.

Um Licht in dieses Interpretationsdickicht zu bringen, sollen im Folgenden die Begriffe Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit neuerlich bedacht werden. Meine These: Wir brauchen eine Blickänderung von einem stati-

stischen, auf die einmalige Verteilung von (Start-)Chancen ausgerichteten Verständnis von Chancengleichheit hin zu einer dynamischen Konzeption der Chancengerechtigkeit. Das bedeutet zugleich eine konsequente Abwendung von dem im Begriff der Chancengleichheit enthaltenen Gedanken der Egalität.

Wir brauchen eine Blickänderung von einem statischen, auf die einmalige Verteilung von (Start-)Chancen ausgerichteten Verständnis von Chancengleichheit hin zu einer dynamischen Konzeption der Chancengerechtigkeit.

Der liberale Fehlschluss der Chancengleichheit

Friedrich A. von Hayek war in seiner Position eindeutig. Im Jahr 1973, ein Jahr, bevor er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten sollte, schrieb er in einem Artikel über Liberalismus: „Nicht nur wegen der verschiedenen Begabungen, sondern vor allem wegen der unvermeidlichen Unterschiede des

1 Eine eindrückliche zeitgenössische Beschreibung des „Oklahoma Land Run“ hat William Willard Howard für Harper's Weekly im Mai 1889 verfasst, siehe: <http://www.library.cornell.edu/Reps/DOCS/landrush.htm>. Auch Wilhelm Röpke verweist auf dieses historische Ereignis zu Illustration der Chancengleichheit. Siehe Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Bern/Stuttgart 1958/1979, S. 349.

Milieus und besonders der Familien, in denen die Menschen aufwachsen, sind ihre Zukunftsaussichten unvermeidlich verschieden. Aus diesem Grunde kann die Vorstellung (...), dass eine Ordnung nur gerecht ist, wenn die Startchancen für alle Menschen gleich sind, in einer freien Gesellschaft nicht realisiert werden. Das würde eine bewusste Manipulation der Umgebung erfordern, in der die verschiedenen Menschen arbeiten, was gänzlich unvereinbar wäre mit einem Freiheitsideal, nach dem der einzelne seine Kenntnis und Geschicklichkeiten nutzen kann, um seine Umgebung zu formen.² Hayek, und mit ihm eine Vielzahl anderer liberaler Denker, haben folglich ein gewichtiges Argument gegen die Forderung einer staatlich beförderten Chancengleichheit, die über die Vermeidung rechtlicher Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Nationalität, Religion und Geschlecht hinausgeht: In einer Gesellschaft freier Individuen ist ein Eingriff in das Gefüge und die Struktur der Gesellschaft unter dem Deckmantel der Chancengleichheit letztlich schädlich, da er individuelle Unterschiede und Begabungen verschleiert und so der weiteren langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abträglich ist.³ Selbst wenn es gelänge, Chancengleichheit herzustellen, wäre damit nicht wirklich etwas gewonnen. Mit gleichen Chancen von Beginn an, so schrieb Wilhelm Röpke 1958 in seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“, würde „den Zurückbleibenden die ihr Selbstgefühl schonende Möglichkeit genommen, die Schuld der „sozialen Ungerechtigkeit“ oder der „niedrigen Geburt“ zuzuschieben, mit der man sich abfindet.“ Mit unverhohlener elitärer Attitüde fährt er fort: „Man kann sich in der Tat kein furchtbareres Attentat auf die Gesamtsumme des Glücks vorstellen als diese ‚Gleichheit der Startbedingungen‘, denn nach der aristokratischen Art, in der nun einmal die höhe-

ren Gaben des Geistes und Charakters auf wenige verteilt sind, wird nur eine Minderheit davon profitieren, die Mehrheit aber um so unglücklicher sein.⁴ Die Quintessenz dieser liberalen Sicht: Aus der Gleichheit der Menschen folgt lediglich das gleiche Anrecht auf Freiheit – und eben nicht das Anrecht auf gleiche Startchancen. „Man kann nicht“, so Milton Friedman, „zugleich egalitäre und liberale Ansichten verfechten.“⁵

Doch im liberalen Spektrum gibt es auch die entgegengesetzte Position. Mit Verweis auf Jean-Jaques Rousseau betont Alexander Rüstow – wohl einer der originellsten Vordenker im Lager der Liberalen – vor dem Hintergrund einer effizienten marktlichen Koordination die Notwendigkeit der Chancengleichheit, die er konkret als Startgerechtigkeit interpretiert: „Je mehr man

2 Friedrich A. von Hayek, „Liberalismus“ (1973), wieder abgedruckt in: Ders., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie (Gesammelte Schriften in deutscher Sprache A5), Tübingen 2002, S. 109.

3 Hinter der Ablehnung, Chancengleichheit als konkretes Ziel der Gesellschaft zu benennen, steht die Sorge um eine langfristig vorteilhafte Entwicklung für die gesamte Gesellschaft. Materielle Umverteilung heute, mit dem Ziel, die Chancen für die gesellschaftlich Benachteiligten jetzt zu verbessern, bedeutet für die Denker dieser Tradition automatisch für alle schlechtere Chancen morgen: „Man muss (...) daher die Möglichkeit einer Verringerung der Ungleichheit und Abschaffung von Armut durch bewusste Umverteilung auf zwei verschiedene Arten betrachten – nämlich langfristig oder kurzfristig. Wir können die Lage der Ärmsten in jedem gegebenen Augenblick dadurch verbessern, dass wir ihnen geben, was wir von den Reichen nehmen. Doch wenn auch solche Angleichung der Position in der Fortschrittskolonne vorübergehend das Schließen der Reihen beschleunigen würde, würde sich bald der Fortschritt der ganzen Kolonne verzögern und auf lange Sicht die Letzten aufhalten.“ Friedrich A. von Hayek, Die Verfassung der Freiheit (Gesammelte Schriften in deutscher Sprache B3), Tübingen 1960/2005, S. 62.

4 Wilhelm Röpke, a.a.O., S. 350.

5 Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt a. M. 1962/2002, S. 232.

Wiegt für die Gegner der Chancengleichheit der Verlust der individuellen Freiheit höher als die staatliche Korrektur unterschiedlicher Ausgangspositionen, sehen die Verfechter der anderen Position es gerade als eine unhintergehbare Voraussetzung eines fairen und freien Wettbewerbs an, dass alle mit den gleichen Möglichkeiten in das Leben starten. Nur: Beide Seiten haben Unrecht.

die soziale Einkommensverteilung, unter vernünftiger Sicherung einer unteren Mindestgrenze, dem Walten eines streng überwachten fairen Leistungswettbewerbs und seiner Marktgesetzlichkeit überlässt, desto mehr muss sich natürlich die Forderung sozialer Gerechtigkeit auf den individuellen Start in die-

sem Wettlauf konzentrieren.“ Es könne doch nicht sein, so fährt er fort, dass „ein Wettbewerber nur dadurch einen wesentlichen und vielleicht uneinholbaren Vorsprung hat, dass er bei der Wahl seiner Eltern die nötige Vorsicht walten ließ und als Sohn eines reichen Vaters startete.“⁶

Beide liberale Lager haben augenscheinlich gute Gründe für ihre jeweilige Position. Wiegt für die Gegner der Chancengleichheit der Verlust der individuellen Freiheit höher als die staatliche Korrektur unterschiedlicher Ausgangspositionen, sehen die Verfechter der anderen Position es gerade als eine unhintergehbare Voraussetzung eines fairen und freien Wettbewerbs an, dass alle mit den gleichen Möglichkeiten in das Leben starten. Nur: Beide Seiten haben Unrecht.

Zunächst zu den Kritikern der Chancengleichheit: Letztlich unterliegen sie einem naturalistischen Fehlschluss. Von der Faktizität der ungleichen Chancenverteilung schließen sie auf die auch normative Rechtfertigung dieser Ungleichheit. Zwar steht es außer Frage, dass es biologisch ererbte Ungleichheiten der Chancen gibt. Intelligenz ist ungleich verteilt und es gibt unterschiedliche Begabungen: Der eine hat mathematische Talente, die andere hat künstlerische Fähigkeiten, wieder ein an-

derer ist sprachbegabt. Aber aus der genetischen Verteilung von Eigenschaften und Talenten – der amerikanische Ökonom James Buchanan spricht vom „luck in the draw of history“⁷ – und der Einsicht, dass man diese als Faktum hinnehmen muss, folgt eben nicht, dass auch diejenigen Dinge unverändert bleiben sollten, die gesellschaftlich zu beeinflussen sind.⁸ Die genetische Weitergabe von vorteilhaften Eigenschaften an Kinder ist eben kein Grund, sich politisch auch dort zu enthalten, wo man Änderungen herbeiführen kann. Hierbei sich auf die durch den Staat nicht zu beschränkende individuelle Entfaltungsmöglichkeit als letzten Argumentationsgrund zurückzuziehen, ist zynisch. Es ist ja eben gerade nicht das Ergebnis einer freien Wahl, wenn ich in das Leben mit schlechteren Karten starte – seien sie nun erblich bedingt oder aber meiner sozialen Herkunft geschuldet. Und: Die positive Entwicklung, die sich Hayek und andere langfristig erhoffen, hilft denen, die im Hier und Jetzt um ein gelingendes Leben kämpfen, nur wenig. Hier gilt Keynes: „In the long run we are all dead.“

Aber auch der Position von Rüstow als dem prominenten Advokaten einer liberalen Startgerechtigkeit kann man nur bedingt das Wort reden. Freilich ist es gerade ein Versprechen der aufge-

6 Alexander Rüstow, „Zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ (1949), wieder abgedruckt in: Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen 2008, S. 438 f.

7 James M. Buchanan, „Fairness, Hope, and Justice“ (1983), wieder abgedruckt in: Ders., Moral Science and Moral Order (The Collected Works of James M. Buchanan, Vol. 17), Indianapolis 2001, S. 322.

8 Dazu Buchanan: „The fact that the nontaxable elements in the transfer of endowments exist so as to make this objective ultimately unattainable should lend support rather than opposition to faltering efforts to go on as far as is possible.“ (Ebd., S. 323).

klärten Moderne, dass jedem und jeder Einzelnen ein Leben in Selbstbestimmung möglich sein soll und das hierfür die gleiche Ausgangslage eine *ideale* Maßgabe wäre – aber eben nur eine ideale. Faktisch wird es nie gelingen können, den Wettlauf des Lebens unter gleichen Bedingungen zu starten, und vor allem werden sich im Verlauf des Lebens immer wieder Hindernisse und Umwege zeigen, deren Bewältigung auch die beste Annäherung an eine Startgerechtigkeit nicht *a priori* sicherstellen kann. Das Leben dauert nicht wie beim „Oklahoma Land Run“ nur von Mittag bis Mitternacht, sondern auf dem Lebensweg gibt es unverschuldete wie selbst verschuldete Schicksalsschläge, die den weiteren Lauf der Dinge erheblich ändern können: Die abgebrochene Schulausbildung, der Verlust des Arbeitsplatzes aufgrund konjunktureller Schwankungen, Krankheit oder der Tod des Ehegatten mögen hier als Beispiele genügen. Auch die Befürworter einer Chancengleichheit als Startgerechtigkeit unterliegen somit einem, wenn auch anders gelagerten, Fehlschluss: Aus der Hoffnung, einmal allen die gleichen Eintrittsbedingungen in das Leben geben zu können (die selbst schon illusorisch ist), leitet man die trügerische Hoffnung auf die bleibende Gerechtigkeit auf dem Lebensweg ab. Was bei der Landnahme im Wilden Westen und beim Pferderennen stimmen mag, ist für das individuelle Schicksal in einer modernen Gesellschaft kein guter Wegweiser.

Dynamisch denken und Differenzen als Differenzen wahrnehmen – Die Gerechtigkeit des Immer-Wieder

Die Welt verändert sich. Was sich wie eine Binsenweisheit anhört (und freilich auch ist), scheint in seiner grundlegenden Bedeutung in den Theorien der Gerechtigkeit noch nicht in letzter Konsequenz angekommen zu sein. Die Welt der Moderne

zeichnet sich seit ihrer Industrialisierung durch einen beschleunigten Wandel aus, nie zuvor haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen so radikal geändert. Dies gilt bis heute: Konnte die Generation, die in den 1950er-Jahren ihren beruflichen Werdegang begann, noch auf ein recht gleichmäßig verlaufendes Arbeitsleben setzen, sind heute die „Bastelbiographie“ und das „Ende des Normalarbeitszeitverhältnisses“ nicht nur Schlagworte der öffentlichen Diskussion, sondern zutreffende Beschreibungen der gesellschaftlichen Realität. Auch wenn man den Kulturpessimismus des „flexiblen Menschen“, den die Auflösung alter Gewohnheiten in der kapitalistischen Arbeitswelt in Angst und Hilflosigkeit stürzt⁹ in seiner Ohnmacht nicht teilen mag, wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, dass Lebenswege heutzutage vielfältiger und vielschichtiger geworden sind. Diese individuell unterschiedlichen Ausgangspunkte und die sich beständig wandelnden Lebensabläufe müssen vermehrt in die Ansätze der Sozial- und Gerechtigkeitsforschung einbezogen werden. Dabei gilt die Maxime: „Differenzen als Differenzen wahrnehmen“.

Mit dieser Maxime stellt sich das Phänomen der Exklusion als ein grundlegendes Problem unserer Gesellschaft dar. In modernen Gesellschaften ist jedes Mitglied der Gesellschaft existentiell darauf angewiesen, finanzielle Mittel zu haben, die es zum Erwerb von Gütern und Dienstleistungen am Markt befähigen. Voraussetzung dafür ist, dass jedes Mitglied der Gesellschaft seine Fähigkeiten und Talente und damit seine Arbeitskraft tatsäch-

⁹ Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.

Vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein bedeutet vor allem auch, Teil des Systems des Marktes zu sein. Wo dies nicht möglich ist, steht es prinzipiell in Frage, ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben führen zu können.

lich auch auf dem Markt gewinnbringend anbieten kann. Nur ein ausreichendes Einkommen gibt überhaupt die Chance, an den materiellen und kulturellen Er rungenschaften der Gesellschaft teilzuhaben. Vollwertiges Mitglied

der Gesellschaft zu sein bedeutet dann vor allem auch, Teil des Systems des Marktes zu sein. Wo dies nicht möglich ist, steht es prinzipiell in Frage, ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben führen zu können: „Der Begriff der sozialen Exklusion bezeugt dabei eine Ernüchterung über den Integrationsoptimismus einer kapitalistisch angetriebenen und wohlfahrtstaatlich gesicherten Industriegesellschaft.“¹⁰ Wenn es nun nicht in der systemischen Logik des Marktes selbst liegt, diese (normativ) eingeforderte Inklusionsleistung zu erbringen,¹¹ gilt es andere gesellschaftliche Mechanismen zu benennen, die eine Inklusion in die Gesellschaft ermöglichen können.

Aus diesen Beobachtungen folgt ein Doppeltes. Zum einen: Über Chancen zu sprechen bedeutet, dass man darüber in einem dynamischen Sinne sprechen muss. Die Möglichkeit – und zwar wo nötig mit gesellschaftlicher Unterstützung –, Chancen ergreifen zu können, ist heute eine das gesamte Leben immer wieder aufs Neue prägende Aufgabe und Herausforderung. Zum anderen: Eine liberale und freiheitliche Gesellschaft, die vom Einzelnen her gedacht und verstanden werden muss, sollte daran gemessen werden, inwiefern es gelingt, allen Mitgliedern einer Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ein dem Standard der Gesellschaft angemessenes Leben zu führen. Hierzu gehört neben der Befreiung von existentieller Not auch die Möglichkeit

zu Bildung und Selbstverwirklichung. Letzteres bedeutet in unserer Gesellschaft aber vor allem: Es geht um die Chancen zur Entfaltung individueller Fähigkeiten. Hieraus lässt sich eine Bewegung ableiten, die man als Bewegung von einer egalitären und statischen Chancengleichheit hin zu einer dynamischen Chancengerechtigkeit beschreiben könnte. Gerechtigkeit bedeutet dabei nicht das moralische „Gutsein“ einzelner Akteure oder eines benevolenten Staates, sondern Gerechtigkeit muss verstanden werden als die *reflexive* Einsicht, dass die Strukturen der Gesellschaft durch die Gesellschaft selbst (d.h. durch die Politik) in einer solchen Art und Weise gestaltet werden sollten, dass sie allen – und das bedeutet jedem konkreten Einzelnen – zuträglich sind. Es geht darum, jedem die Chance auf eine Inklusion in die Gesellschaft zu ermöglichen; und zwar nicht nur zu Beginn, sondern – und dies ist die eigentliche politische Aufgabe – *immer wieder*.¹² Es geht zudem weniger um das „fürsorgende“ Verhalten

Es geht darum, jedem die Chance auf eine Inklusion in die Gesellschaft zu ermöglichen; und zwar nicht nur zu Beginn, sondern – und dies ist die eigentliche politische Aufgabe – immer wieder.

¹⁰ Heinz Bude, „Die Spaltung der Gesellschaft“, in: Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.), *Transmission 01. Zwischen Illusion und Verheißung: Soziale Mobilität in Deutschland*, Düsseldorf 2009, S. 50.

¹¹ Siehe zu dieser hier nicht ausführlich begründbaren Konsequenz, die sich aus der Eigenlogik des ökonomischen Systems ergibt, z.B. Günter Dux, *Warum denn Gerechtigkeit. Die Logik des Kapitals. Die Politik im Widerstreit mit der Ökonomie*, Weilerswist 2008 sowie Inga Fuchs-Goldschmidt und Nils Goldschmidt, „Inklusion als Zielpunkt einer modernen Sozialpolitik“, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 59 (2010), Heft 1.

¹² Eine flexible Marktgesellschaft wird sich einer Kultur des Scheiterns öffnen müssen – und damit auch einer Kultur der immer neuen Chancen und Risiken. Der Begriff der sozialen Mobilität beinhaltet die Möglichkeit des Auf- und Abstiegs.

der besser gestellten Gesellschaftsmitglieder für die Schwächeren, sondern um die politischen Anforderungen an eine „faire“ Gesellschaft, eine Gesellschaft, die Teilhabechancen eröffnet und Inklusion befördert. Welche Ansatzpunkte zur Umsetzung kann man hier finden?

Built-in integration

In der aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur feiert der Gedanke der *built-in flexibility* eine Renaissance. Gemeint sind damit automatisch wirkende fiskalpolitische Maßnahmen, die antizyklisch, kompensatorisch (insbesondere durch Transfers wie Arbeitslosengeld) und damit sozial ausgleichend wirken.¹³ Die Wirtschaftskrise hat gelehrt, dass gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme nicht nur Kosten verursachen, sondern dass sie in Zeiten des konjunkturellen Einbruchs als Stabilisatoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden können. Der Vergleich zwischen Deutschland und anderen traditionellen Wohlfahrtsstaaten mit der Situation in den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wirkungen der Krise auf die sozial Schwächeren ist hierfür der beste Beleg.¹⁴

Vor dem Hintergrund einer dynamischen Chancengerechtigkeit, die den Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung trägt und sich der Wechselfälle im Verlauf individueller Lebenswege bewusst ist, reicht eine solche finanzierungstechnische Sicht auf eine moderne Sozialpolitik nicht aus. Soziale Sicherung in ihrer klassischen Form der Sozial-

Exklusion aus der Gesellschaft hat ihre eigentliche Ursache nicht darin, dass die an den Rand Gedrängten ihre Chancen nicht nutzen (und man sie so eigentlich nur ermahnen müsste, keine Lebenschance zu verpassen), sondern ist vielfach darin begründet, dass bestehende Möglichkeiten überhaupt nicht wahrgenommen werden.

versicherungssysteme mag zur Abfederung und Dämpfung konjunktureller Krisen hilfreich sein und ist für die Absicherung allgemeiner Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter unerlässlich. Eine moderne Sozialpolitik muss zusätzlich andere Wege beschreiten. Es wird die Herausforderung der kommenden Jahrzehnte sein, Sozialpolitik um eine begleitende Sozialpolitik zu ergänzen, die den Einzelnen befähigt, das eigene Lebensschicksal zu meistern. Exklusion aus der Gesellschaft hat ihre eigentliche Ursache nicht darin, dass die an den Rand Gedrängten ihre Chancen nicht nutzen (und man sie so eigentlich nur ermahnen müsste, keine Lebenschance zu verpassen), sondern ist vielfach darin begründet, dass bestehende Möglichkeiten

13 Der Begriff „built-in flexibility“ geht auf die Arbeiten von Richard A. Musgrave zurück: „Bestimmte öffentliche Ausgaben, wie Arbeitslosenunterstützung oder Preissubventionen, sind so gestaltet, dass sie sich antizyklisch verhalten. Desgleichen steigen und fallen die Steuererträge, die auf Grund der gesetzlich fixierten Steuertarife erhoben werden, mit Änderungen des Einkommens und damit der Bemessungsgrundlage. (...) Solche automatischen Änderungen (bei konstanten Steuer- und Ausgabenparametern) werden als ‚built-in flexibility‘ bezeichnet.“ Richard A. Musgrave, *Finanztheorie*, 2. Aufl., Tübingen 1969, S. 470. Zu einer Simulation der Wirkungen automatischer Stabilisatoren in der aktuellen Krise siehe Matthias Dolls, Clemens Fuest und Andreas Peichl, „Automatic Stabilizers and Economic Crises: US vs. Europe“, IZA Discussion Paper No. 4310, 2009.

14 "In addition, since most European countries have an elaborate social safety net, a recession has a less dramatic impact on people's daily lives. In the U.S., unemployment insurance pays relatively little and runs out relatively quickly, so losing a job usually means a precipitous decline in income. In European countries, unemployment benefits are typically substantial and long-lasting. This is not entirely a plus—it probably makes unemployment higher than it otherwise would be—but in hard times it keeps money in people's pockets. (And paying for it means that European government spending automatically rises quite a bit during recessions.) Furthermore, universal health care enables Europeans to see a doctor even if they're out of work." James Surowiecki, "Continental Drift", in: *The New Yorker*, 30. März 2009, http://www.newyorker.com/talk/financial/2009/03/30/090330ta_talk_surowiecki.

überhaupt nicht wahrgenommen werden. Die Studie „Kinder in Deutschland 2007“ hat darauf hingewiesen, dass Kinder aus der Unterschicht nur zu 20%, Kinder aus der Oberschicht hingegen zu 81% das Gymnasium oder das Abitur als Bildungsziel benennen.¹⁵ Dies mit Unterschieden in der Intelligenz der Kinder begründen zu wollen, ist kaum plausibel, wohl aber leuchtet es umso mehr ein, dies mit Unterschieden in der Sozialisation zu erklären. In ähnlicher Weise belegt die aktuelle Diskussion um Migration und Integration, dass die massiven Defizite ausländischer Jugendlicher hinsichtlich schulischer und beruflicher Ausbildung vor allem ein Problem der sozialen Schicht und kein Problem der ethnischen Herkunft sind.¹⁶

Auf der anderen Seite bedeutet eine begleitende Sozialpolitik aber auch, die Grenzen der Begleitung klar zu benennen. Der Einzelne ist so weit in die Pflicht zu nehmen, wie er oder sie selbst in der Lage ist, bestehende Chancen zu ergreifen. So entspricht es beispielsweise genau dem hier verfolgten Gedanken einer dynamischen Chancengerechtigkeit, dass behinderte Menschen anstelle von Dienst- oder Sachleistungen mittlerweile auch einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget besitzen, mittels dessen sie eigenverantwortlich die Ausgaben bestreiten, die zur Deckung ihres persönlichen Hilfebedarfs anfallen. Eine solche Maßgabe eröffnet mehr Chancen auf Eigenverantwortung und ist zugleich ein Schritt zu mehr Inklusion in die Gesellschaft. Als Käufer und Kunden sowie als Arbeitgeber können Behinderte auf dem Markt und damit in der Gesellschaft im Rahmen ihrer jeweiligen Fähigkeiten selbst entscheiden, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen.

Welche Maßnahmen zur Ausgestaltung einer solchen begleitenden Sozialpolitik man nun im Einzelnen auch vorschla-

gen mag, entscheidend ist der Perspektivenwechsel: Dynamische Chancengerechtigkeit bedeutet, sich als Gesellschaft *immer dann und immer wieder* in der Pflicht zu sehen, wenn einzelne Mitglieder der Gesellschaft in der Gefahr stehen, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Die Integration und Inklusion in die Gesellschaft muss zum konstituierenden Element in der Ausgestaltung der Sozialpolitik selbst werden, es geht – analog zur *built-in flexibility* – um eine *built-in integration*. Freilich wird man die finanziellen Grenzen der öffentlichen Haushalte im Blick behalten müssen, doch der Gedanke der Inklusionslogik ist zunächst ein *normatives* Versprechen einer modernen Gesellschaft, die sich kaum auf den dauerhaften Ausschluss weiter Teile ihrer Mitglieder wird gründen lassen.

Die Integration und Inklusion in die Gesellschaft muss zum konstituierenden Element in der Ausgestaltung der Sozialpolitik selbst werden, es geht – analog zur *built-in flexibility* – um eine *built-in integration*.

Der Lebensweg ist das Ziel

Im Wettlauf des Lebens, oder besser: im Verlauf des Lebens zu bestehen – schon Adam Smith hat hierin die eigentliche Aufgabe einer nach fairen Regeln geordneten modernen Marktgesellschaft gesehen. In seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ schreibt er: „In dem Wettlauf nach Reichtum, Ehre und Avancement, da mag er rennen, so schnell er kann und jeden Nerv und jeden Muskel anspannen, um all seine Mitbewerber zu überholen. Sollte er

15 Klaus Hurrelmann und Sabine Andresen, Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie, Bonn 2007.

16 Siehe hierzu die Studie von Stefan Luft: Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration, Frankfurt a. M., New York 2009.

aber einen von ihnen niederrennen oder zu Boden werfen, dann wäre es mit der Nachsicht der Zuschauer ganz und gar zu Ende. Das wäre eine Verletzung der ehrlichen Spielregeln, die sie nicht zulassen könnten.“¹⁷ Doch anders als Smith werden wir unseren Fokus nicht nur darauf richten können, dass gesellschaftliche Spielregeln solche Regelverletzungen Dritter bestrafen, die uns in unfairen Weise aus der Bahn werfen. Vielmehr geht es im Gedanken der *built-in integration* darum, dass eine Gesellschaft Spielregeln braucht, die auch dann greifen, wenn der Einzelne stolpert oder von Beginn an ein schlechter Läufer ist.

Dies meint keinen Egalitarismus der Chancen – die Gleichheit der Chancen wird sich weder materiell noch sozial je verwirklichen lassen. Und erst recht ist damit keine Gleichheit der Verteilung gemeint. Vielmehr geht es um das gesellschaftliche Versprechen, jeden Einzelnen und jede Einzelne als Teil der Gesellschaft Ernst zu nehmen und immer dann, aber eben auch nur dann, für den und die Einzelnen einzustehen, wenn es darum geht, Chancen zu eröffnen, auf dem Weg des Lebens den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft zu finden.

¹⁷ Adam Smith, *Die Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg 1759/1994, S. 424.

Soziale Mobilität als zentrale Herausforderung moderner Gesellschaften

von Heinz Bude

Von Vilfredo Pareto, einem in Deutschland weitgehend vergessenen, wegen seiner Nähe zum italienischen Faschismus politisch kontaminierten Klassiker der Soziologie wie der Ökonomie stammt eine schöne Fabel über den sozialen Wandel: Es geht immer um den Widerstreit zwischen Löwen und Füchsen. Die einen häufen die Werte an, unterstellen sich den Idealen, bewachen die Eingänge, achten auf die Bräuche; die anderen setzen viel ein, weil sie wenig haben, pfeifen auf die hochgehaltenen Werte, sehen, dass sie einen Fuß in die Türe bekommen, und brechen mit den Gewohnheiten.

Die Löwen bilden die Partei der Privilegien und der Anrechte und die Füchse die der Chancen und Optionen. Sie kämpfen in jeder Phase des politischen Wandels miteinander und es gibt kein Ende dieser Auseinandersetzung. Es handelt sich Pareto zufolge um eine notwendige Spannung, um Kämpfe ohne Schiedsrichter und Bewegungen ohne Ziel. Aber der Widerstreit ist produktiv fürs Ganze. Es müssen die Dinge von den Statusbewahrern kanalisiert und von den Statussuchern mobilisiert werden.

Die Fabel veranschaulicht, dass soziale Mobilität nicht nur der Mechanik der Auf's und Abs gehorcht, sondern eine Konstellation widerstrebender Kräfte darstellt. Während die einen

am Erhalt und der Weitergabe sozialer Statuspositionen in der Generationenfolge interessiert sind, machen sich die anderen für den Erwerb und das Höherkommen im Positionssystem stark. Diejenigen, die die Chancen verteilen, blicken argwöhnisch auf jene, die Chancen gewinnen wollen: Die einen stehen an den Eingängen, kontrollieren die Eintrittskarten und achten darauf, dass die Wege eingehalten werden; die anderen suchen Nischen, Abkürzungen, experimentieren mit Tricks und Täuschungen und wollen unbedingt einen Coup landen. Die Löwen sind satt und die Füchse sind hungrig. Deshalb müssen die, die es geschafft haben, auf Zertifikate pochen und mit erhobenem Zeigefinger auf Karrierewege hinweisen. Und deshalb müssen andersherum diejenigen, die nach oben wollen, Einsätze wagen und dem Erfolg frönen. Man kennt die Geschichte aus vormoderner Zeit. Da waren die Adligen die Löwen, denen alles um die Ehre ging, und die Bürger die Füchse, die nur Zahlen im Sinn hatten. Im bürgerlichen Zeitalter geht das Spiel so weiter, dass die Großbürger die Manieren gepachtet haben, die Neureichen aber ihr Geld in die Waagschale werfen. Und wenn man noch die Bildungsexpansionen nach dem Zweiten Weltkrieg dazu nimmt, dann sind die Löwen von heute die Gebildeten, die sich bei Hölderlin wie bei „Velvet Underground“ auskennen, und die Füchse die Bildungsbeflissenen, die sich zur Erweiterung ihres Horizontes an Daniel Kehlmann halten.

Die Löwen sind satt und die Füchse sind hungrig. Deshalb müssen die, die es geschafft haben, auf Zertifikate pochen und mit erhobenem Zeigefinger auf Karrierewege hinweisen. Und deshalb müssen andersherum diejenigen, die nach oben wollen, Einsätze wagen und dem Erfolg frönen.

Pareto hatte ein organisches Weltbild, wonach es um die optimale Mischung zwischen Löwen und Füchsen geht, welche der

Dynamik eine Gestalt verleiht. Im Anschluss an Pareto kann man das Rätsel des sozialen Wandels so formulieren: Wie absorbiert man das Neue, ohne das Alte zu gefährden? Die Frage bei dieser Frage ist nur, wer „man“ bei diesem Spiel ist.

Man könnte glauben, es sei wie bei dem Fortbestand einer großen Familie: Es braucht das Aufsaugen von frischem Blut, aber auch die Passung zum mächtigen Erbe. Bestimmten geschichtlichen Erzählungen zufolge waren es früher die klugen Hausfrauen, die dafür sorgten, dass sich die Töchter mit aufstrebenden jungen Männern und die Söhne mit dekorativen Frauen zusammentun. Aber die Gesellschaft ist keine Familie, und deshalb gibt es auch keine Instanz der Klugheit, die uns die Organisation des sozialen Wandels abnehmen würde.

An dieser Stelle wäre für die Bundesrepublik ein Blick zurück ohne Zorn angebracht. Die Bundesrepublik, so wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, war eine große Aufstiegs- und Aufsteigergesellschaft, in der die soziale Mobilität

Die Bundesrepublik, so wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, war eine große Aufstiegs- und Aufsteigergesellschaft, in der die soziale Mobilität das beherrschende Thema war.

das beherrschende Thema war. Das betraf in erster Linie den Aufstieg der Industriearbeiterschaft und dann des öffentlichen Dienstes und damit einhergehend die Abstiege der adeligen Junker aus dem Osten, der Bauern mit ihren Familienbetrieben und des obrigkeitsstaatlichen Dienstbürgertums mit

seiner autoritären Gesinnung. Zwischen 1950 und 1970 hat es jeder zweite Industriefacharbeiter vom blauen zum weißen Hemdkragen geschafft. Der in den Sechziger- und Siebzigerjahren erfolgte Ausbau des öffentlichen Dienstes hat zur Entstehung einer staatsabhängigen Mittelklasse in Verwaltung, im Gesundheits-

und im Bildungswesen beigetragen. Diese Entwicklung stand Helmut Schelsky vor Augen, als er Anfang der Fünfzigerjahre die Formel von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ unter die Leute brachte. Er gewahrte in der Mitte unserer Gesellschaft eine riesige Zone der Wohlstandsdiffusion, die nach und nach auch so etwas wie Zonenrandgebiete, Altstadtquartiere und Alpentäler in sich integrieren konnte.

Etwas weniger euphorisch hat Burkhart Lutz in den Achtzigerjahren im Anschluss an Rosa Luxemburg von der „inneren Landnahme“ gesprochen, durch die die Bundesrepublik ihre ungeheure Produktivität entfaltet hat. Die betraf in erster Linie die enorme Ost-West-Wanderung von 11 bis 13 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen und einhergehend damit eine nicht weniger enorme Land-Stadt-Wanderung, wodurch in immer neuen Schüben ein aufstiegswilliges, hoch kompetentes und kostenlos zu ergänzendes Humankapital ins deutsche „Wirtschaftswunder“ geschossen wurde. Noch heute leben Zentren der Hochproduktivität in Deutschland wie Hohenlohe oder der Schwarzwald von einer solchen innergesellschaftlichen Nachschubdynamik. Es war nicht der industrielle Bestand, nicht die Kapitalversorgung und auch nicht der technologische Spill-off, sondern wesentlich diese besondere Form der Humankapital-schöpfung, von der der vornehmlich westdeutsche Wiederaufstieg nach 1945 profitiert hat.

Dazu passen die vielfältigen, aber doch immer gleichen Mehr-Generationen-Geschichten des sozialen Aufstiegs. Wo der Vater sich noch die Hände hat schmutzig machen müssen, kann der Sohn am Technikerbrett stehen, wo die Mutter noch Hausfrau und Mutter war, avancierte die Tochter zur teilzeitbeschäftigten Sachbearbeiterin, und schließlich sind die Enkel dann Professo-

ren und Richterin geworden. Das alles fand vor dem Hintergrund eines letztlich akzeptierten Lastenausgleichs in der allgemeinen Kriegsfolgenbewältigung statt. So konnte der verlorene Krieg zur Voraussetzung der Wiedervergemeinschaftung im Erfolg werden.

Aber wer sind heute die Füchse und wer die Löwen? Wer sind die energischen Statussucher und wer die defensiven Statusbewahrer? Die Geschichte von heute handelt von den Frauen und den Migrantinnen, die unsere lieb gewonnenen Vorstellungen von sozialer Schichtung und gesellschaftlicher Reproduktion durcheinander bringen. Die Geschichte vom Erfolg der Frauen ist mittlerweile vielfach erzählt worden. Es ist auch nicht mehr zu leugnen, dass wir seit 1999 mehr junge Frauen als junge Männer auf den deutschen Universitäten haben. Und es spricht sich langsam herum, dass die Frauen die besseren Hausarbeiten schreiben und die besseren Abschlüsse machen. Und der Gang der Geschichte ist bei allen Widerständen vorgezeichnet: Irgendwann werden auch die Frauen die Führungspositionen einnehmen und irgendwann werden vielleicht auch die Leichtlohngruppen in den unteren Etagen unserer Arbeitswelt der Vergangenheit angehören. Eine solche Geschichte existiert für die Migrantinnen noch nicht.

Eine gewisse Zeit konnte man glauben, dass eine Haltung von Ausbeutung und Abwehr gegenüber der ebenfalls nicht zu leugnenden Tatsache der Migration funktionieren würde. Man holt sich Gastarbeiter ins Land, wenn man sie braucht, und schickt sie wieder weg, wenn man sie nicht mehr braucht. Aber das geht natürlich nicht. Wer hergekommen ist, bleibt, kriegt Kinder und fordert seinen Anteil am Ganzen.

Es hat eine Zeit gedauert, aber am Ende war es die konservative Volkspartei in Deutschland, die unter der Überschrift der

Integrationspolitik den Wechsel von einem Dementi- zu einem Versäumnisbewusstsein vollzogen hat. Die neue Botschaft lautet:

Erstens: Wir brauchen Einwanderer – für die Demografie, für die Altenpflege, aber eben auch für die Facharbeitermärkte.

Zweitens: Wir leben unter Eingewanderten. Es lässt sich keine Zukunft mehr im ethisch homogenen Milieu denken. Die Dazugekommenen sind Teilhabende, die aus ihrem „Abstammungsglauben“ (Max Weber) Kapital schlagen.

Drittens: Wir sind viele. Es ist nicht immer klar, wer die Etablierten und wer die Außenseiter sind. Das Spiel, wer zuerst da war, kennt keine Gewinner mehr.

Auf diesen Wandel hat auch die Soziologie reagiert. Die Forschung fragt nicht mehr, wie sich Einheimische und Eingewanderte begegnen, welche Stereotypen dabei eine Rolle spielen und welche Fehlwahrnehmungen zu Konflikten führen, sondern wie sich unsere Gesellschaft mit und durch Migration wandelt. Das geht allerdings nicht ohne Konflikte, und man kann auch nicht behaupten, dass die Konflikte, die sich um einen innergesellschaftlichen „Clash of Civilisations“ drehen, nur integrativ wirken. Denn die Füchse machen den Löwen den Status streitig, und die Löwen beginnen Angst vor den Füchsen zu haben.

Wie sieht das Mobilitätsprofil der Bundesrepublik von heute aus? Eine stagnierende, auf soziale Schließung bedachte Mitte sieht sich eine unübersichtlichen Menge gegenüber, die keinen angestammten Ort hat, aber einen anerkannten haben will. Die in der Mitte glauben von sich, dass sie die Vertreter einer Eigen-

Wie sieht das Mobilitätsprofil der Bundesrepublik von heute aus? Eine stagnierende, auf soziale Schließung bedachte Mitte sieht sich eine unübersichtlichen Menge gegenüber, die keinen angestammten Ort hat, aber einen anerkannten haben will.

tümergeellschaft seien, die in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, und sie sehen auf die anderen als Vertreter einer Rentenempfängergesellschaft, die von den unterschiedlichen Formen von Transfereinkommen leben. Aber dabei vergessen die Leute in der Mitte, dass sie selbst

irgendwann mal alt werden und dann unweigerlich auf Rente angewiesen sind und, was noch viel schlimmer ist, sie gewahren „soziale Löcher“ in ihren Freundschafts- und Bekanntenkreisen. Wo früher alles nach oben ging, verläuft heute manches ins Nichts. Die bundesrepublikanische Mittelstandsgesellschaft hat wie alle OECD-Länder mit dem Vergehen des modernen Integrationsoptimismus zu kämpfen. Es wird immer klarer, dass Fortschritt der Kompetenten eine „irreguläre Klasse“ der Inkompetenten zurücklässt und dass jede Aktivierung immer auch eine Gruppe erzeugt, die sich nicht aktivieren lässt. Je höher die Produktivität, umso härter der Schnitt gegen die Unproduktiven; je anspruchsvoller die Bildungsvoraussetzungen, umso aussichtsloser die Lage für die Bildungsarmen; je stärker die Frauen nachrücken, umso ungemütlicher wird die Lage für die Männer. Nichts, so hat man den Eindruck, verläuft mehr linear.

Diese Unruhe in der Mitte unserer Gesellschaft macht sich heute am Bildungsthema fest. Noch die Migration durch die Bürgerkriegsflüchtlinge der Neunzigerjahre ist von der Bundesrepublik insgesamt in erstaunlicher Weise inkorporiert worden. Wie vielleicht bei keinem anderen europäischen Land hat eine überaus erfolgreiche Absorption von Leuten aus dem Kosovo, aus Afghanistan und vor allen Dingen aus Russland in die Arbeits-

märkte stattgefunden. Das Problem wird heute aber vor allem in den Bildungsinstitutionen erkannt. Die sind nach wie vor nicht auf die Heterogenität von Herkünften eingestellt und tun sich ungeheuer schwer, mit den vielen migrantischen Hintergründen der Heranwachsenden umzugehen. Die Problematik wird immer drängender, wenn man sich vor Augen führt, dass schon in fünf Jahren mehr als die Hälfte aller Großstadtkinder einen sogenannten Migrationshintergrund haben wird.

Die steuerzahlende Mitte sieht, dass man etwas tun muss, spürt aber auch, dass die nötigen Maßnahmen ihre eigenen Stuserhaltungsinteressen gefährden. Was die Bildung ihrer Nachkommen betrifft, grassiert eine sozialmoralische Absteckungsangst. Man will auf der einen Seite die Kinder der Migranten integrieren, will aber auf der anderen, dass sie den eigenen nicht zu nahe kommen. Da hilft es auch

wenig, wenn aufgeklärte Bildungsforscher dies mit dem Gestus der Empörung konstatieren – es fehlt offenbar an Konzepten, die die legitimen Stuserhaltungsinteressen der „bideutschen“ gesellschaftlichen Mitte akzeptieren und trotzdem Raum schaffen für die bildungsbereiten migranti-

schen Gruppen. Im Augenblick sieht die Lage so aus, dass das öffentliche Bildungssystem für die Aufgabe der Integration freigestellt wird und die statuspanischen Mittelklasseeltern ihre Kinder auf ethnisch selektive private Bildungsstätten schicken. Nicht starke „voice“, sondern stiller „exit“ kennzeichnet in Fragen der Bildung die Strategie der Mitte.

Im Augenblick sieht die Lage so aus, dass das öffentliche Bildungssystem für die Aufgabe der Integration freigestellt wird und die statuspanischen Mittelklasseeltern ihre Kinder auf ethnisch selektive private Bildungsstätten schicken. Nicht starke „voice“, sondern stiller „exit“ kennzeichnet in Fragen der Bildung die Strategie der Mitte.

Diese Entwicklung reproduziert sich in der Migrationspopulation selbst. Das Schisma zwischen der Mehrheit der Migrationsgewinner und einer Minderheit von Migrationsverlierern vertieft sich. Es gibt eine türkischstämmige Mittelklasse in Deutschland, die aber auf ihre eigenen Leute herabschauen, die sich damit abgefunden zu haben scheinen, als Teil des wachsenden Dienstleistungsproletariats über die Runden zu kommen.

Dies alles erfährt noch eine gewisse Verschärfung durch die Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden. Im Zeichen einer Rückkehr zu einer gesunden, nicht mehr von Spekulation, sondern von Investition angetriebenen Wirtschaft haben nämlich die Löwen und nicht die Füchse ihre Stunde. Wo der Staat eintritt, sind die etablierten Regulierer im Vorteil, die die soziale Welt als Behörde begreifen, in der nach rationalen Prinzipien Statuszuteilung erfolgt; und die aufsteigenden Kräfte, die ihre Chance allein in den Deregulationseffekten des Marktes sehen können, geraten ins Hintertreffen.

Wie kann der Drive der migrantischen Aufsteiger in die Systeme der Beschäftigung eingebracht werden, wie in der Welt der erotischen Partnerwahlen und wie in die Systeme unserer Bedeutung?

Im Sinne eines neuen Pareto-Optimums könnte man nach dem tolerierbaren Irregularitätsquantum fragen, welches soziale Mobilität ermöglicht. Die Frage ist, wie man freundlich zu den Füchsen sein kann, die manches durcheinander bringen, um für uns alle einen Vor-

teil zu erwirtschaften. Das betrifft Arbeitsmärkte, aber auch Beziehungs- und Heiratsmärkte und nicht zuletzt Deutungsmärkte. Wie kann der Drive der migrantischen Aufsteiger in die Systeme der Beschäftigung eingebracht werden, wie in der Welt der erotischen Partnerwahlen und wie in die Systeme unserer Bedeutung?

Überall ist Verwirrung die Folge. Wie viel Dumping ist zulässig, welcher Sex legitim und welche Deutung kompatibel? Das sind die Herausforderungen für die „dritte Einigung“ der Bundesrepublik.

Über die Autoren

Udo Di Fabio

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio wurde 1954 in Walsum geboren. 1970-1980 war er Kommunalverwaltungsbeamter bei der Stadt Dinslaken. 1985-1986 war er als Richter beim Sozialgericht Duisburg tätig. 1987 wurde er in den Rechtswissenschaften, 1990 in den Sozialwissenschaften promoviert. 1993 Habilitation an der Universität Bonn. Von 1993-2003 war er Professor an den Universitäten Münster, Trier und München; seit 2003 ist er Professor an der Universität Bonn. Seit 1999 ist er Richter des Bundesverfassungsgerichts. Er ist Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften.

Veröffentlichungen (Auswahl): Gewissen, Glaube, Religion, 2. Aufl. 2009; Die Kultur der Freiheit, 2005; „Grundrechte als Wertordnung“, JZ 2004, 1 ff.; Die Staatsrechtslehre und der Staat, 2003; Das Recht offener Staaten. Grundlinien einer Staats- und Rechtstheorie, 1998.

Nils Goldschmidt

Prof. Dr. rer. pol. Nils Goldschmidt wurde 1970 in Höxter (Westfalen) geboren. Er studierte von 1990 bis 1997 Katholische Theologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Dort erfolgten auch die Promotion 2002 und Habilitation 2008. Nach Mitarbeit am Walter Eucken Institut in Freiburg wechselte er 2008 auf eine Vertretungsprofessur für Sozialpolitik und Organisation Sozialer Dienstleistungen an die Universität der Bundeswehr München. Er ist zudem Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik in München sowie an der Wissenschaftlichen Hochschule Lahr. Seine Forschungsgebiete sind Ordnungsökonomik, Sozialpolitik, Wirtschaftsethik und Geschichte des ökonomischen Denkens. Ausgewählte Veröffentlichungen: „Vertrauen in Zeiten der Krise. – Oder: Die Unentbehrlichkeit des Sozialstaats für die Marktwirtschaft“, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Jg. 56, 2009 (mit Milena Susanne Etges), „Social Market Economy: origins, meanings and interpretations“, in: Constitutional Political Economy Jg. 19, 2008 (mit Michael Wohlgemuth), „The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation“, in: Journal of Economic Issues, Jg. 40, 2006 (mit Joachim Zweynert). Kürzlich herausgegebene Bände: Vom homo oeconomicus zum homo culturalis. Handlung und Verhalten in der Ökonomie, 2009; Generationengerechtigkeit. Ordnungsökonomische Konzepte, 2009; Arbeitswelt und Sozialstaat in einer globalisierten Gesellschaft, 2009; Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft, 2009; Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, 2008.

Heinz Bude

Prof. Dr. phil. Heinz Bude wurde 1954 in Wuppertal geboren. Er studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität Tübingen und an der Freien Universität Berlin. 1978 legte er sein Diplom in Soziologie ab und war anschließend bis 1983 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, danach Projektmitarbeiter sowie Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Daneben war er als selbständiger Sozialforscher tätig. 1986 wurde er mit einer Dissertation zur Wirkungsgeschichte der Flakhelfer-Generation zum Dr. phil. promoviert. Er habilitierte 1994 mit einer Schrift zur Herkunftsgeschichte der 68er-Generation. Seit 1992 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und dort seit 1997 Leiter des Bereichs „Die Gesellschaft der Bundesrepublik“. Er übernahm Lehrstuhlvertretungen an der Freien Universität Berlin und an der Viadrina in Frankfurt/Oder und war 1996 Visiting Scholar am Center for European Studies der Cornell University. Seit 2000 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Im Oktober 2006 war er lokaler Veranstalter für den 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, „Die Natur der Gesellschaft“.

Über die Vodafone Stiftung

Erkennen. Fördern. Bewegen.

Die Vodafone Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und Mitglied einer weltweiten Stiftungsfamilie. Als eigenständige gemeinnützige Institution fördert und initiiert sie Projekte insbesondere mit Bildungsbezug. Ziel ist es, Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt zu geben, die Entwicklungen einer aktiven Bürgergesellschaft zu unterstützen und gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen. Dabei geht es der Stiftung vor allem darum, benachteiligten Kindern und Jugendlichen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Das Förderprofil der Stiftung steht unter dem Leitmotiv: „Erkennen. Fördern. Bewegen.“

Impressum

Herausgeber:

Vodafone Stiftung Deutschland
gemeinnützige GmbH
Am Seestern 1
40547 Düsseldorf
www.vodafone-stiftung.de

Verantwortlich:

Dr. Mark Speich

Redaktionelle Leitung:

Dr. David Deißner

Koordination:

Danyal Alaybeyoglu

Lektorat:

Dr. Constanze Huther

Gestaltung:

trafodesign GmbH, Düsseldorf

Druck:

Druckstudio GmbH, Düsseldorf



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA - COC
© 1996 Forest Stewardship Council



Vodafone
Stiftung
Deutschland

ISBN 978-3-9813230-1-6